

Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie e.V. (GEP)

Gemeinnützige Körperschaft – assoziiert mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), als Deutsche Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie (DVpMP) 1977 mitbegründet von Walter von Baeyer (†), ord. Professor für Psychiatrie und Neurologie der Universität Heidelberg (1955 - 1972), Vizepräsident des Weltverbands für Psychiatrie (1966 - 1971)

Rundbrief 1/12

Januar 2012

Inhalt

Seite

1. Einführung.....	1
2. Jüngste Entwicklungen bei bekannten, aktuellen Mißbrauchsfällen	2
3. Wahrnehmung der SED-Untaten, auch der Psychiatriemißbräuche kommt voran.....	4
4. Viele Europäer psychisch krank (???)	13
5. „Ob ein Straftäter eine psychische Störung hat, definieren Richter“	17
6. Summary.....	19

Hinweise: **RB + Zahl** mit zwischengestelltem Schrägstrich verweist auf früheren Rundbrief, Zahl mit vor- oder zwischengestelltem Punkt auf das genaue Kapitel. In **Kursivdruck** stehen in der Regel Aussagen von Nicht-GEP-Mitgliedern. Alle **Hervorhebungen** (durch **Fett**, vereinzelt auch Kursivdruck) und alle **Fußnoten (Fn)** sind redaktionellen Ursprungs. Kleingedruckt wird, was speziell die Psychiater angeht, u.U. fachliche Kenntnis verlangt. So weit die einzelnen Kapitel oder Absätze namentlich nicht besonders gekennzeichnet sind, ist ihr **Verfasser** als Nervenarzt und Vorsitzender der GEP Dr. Weinberger. **Redaktionsschluß** war am 7. Januar 2012.

Wiederkehrende Abkürzungen: **APA** = American Psychiatric Association; **BÄK** = Bundesärztekammer; **BVDN** = Berufsverband (frei praktizierender) deutscher Nervenärzte; **DÄ** = Deutsches Ärzteblatt, **DSM** = Diagnosenliste der APA; **DGPPN** = Deutsche Psychiater-Fachgesellschaft, **ICD** = Diagnosenliste der WHO; **KBV** = Kassenärztliche Bundesvereinigung, **PK** = Psychiatrisches Krankenhaus, meist ein *Landes-*, in Bayern *Bezirkskrankenhaus (BKH)*; **UOKG** = Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft; **VOS** = Vereinigung der Opfer des Stalinismus; **WVP** = Weltverband für Psychiatrie = World Psychiatric Association: **WPA**

1. Einführung

Zu vielen menschlichen, gesellschaftlichen, politischen, ja selbst physikalischen Fragen kommen unterschiedliche Antworten auf. Zu fast allen gibt es „offizielle“, damit dominierende „Mainstream“-Hauptstrom-Versionen und abweichende Meinungen, selbst (www.klimaskeptiker.info) zur Erderwärmung. Was nun „Hauptstrom“ ist, wird verständlicherweise „oben“ aufgegriffen, vielleicht auf manchen Gebieten auch umgekehrt von oben „gemacht“, der Glaube an besagten Klimawandel etwa vom IPCC, dem „Klimarat“ der Vereinten Nationen (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) oder auch das breite Zutrauen zu Rettungsschirmen, zur Haftung einzelner Länder für andere. Da gibt es immerhin auch entgegengesetzte Meinungen. Über den Klimawandel und das Monetäre mögen aber andere diskutieren.

Auf dem Gebiet der „Seelen(heil)kunde“ sind indes wir kompetent und somit gefordert, wenn Unrechtes zu Tage tritt. Wo es primär um ethische Fragen geht, haben uns kein „Hauptstrom“, keine „führenden Autoritäten auf dem Gebiet“ (RB 1/11,2.6), auch keine Funktionäre etwa der WHO, WPA, APA, DGPPN etc. oder deren etwaige politische Meister zu sagen, was richtig oder gar „alternativlos“ sei. Im Rahmen einiger ihrer Vorgaben haben sich manch beängstigende Folgen eingestellt. Bei allen schwer wiegenden Pannen und Mängeln, von denen einige im Folgenden zur Sprache kommen, bleiben wir aber überzeugt, daß Rechtsprechung und psychiatrische Diagnostik, Therapie und Begutachtung *im Allgemeinen* immer noch rechtsstaatlich funktionieren. Aufmerksamkeit für Pannen und Mängel ist jedoch Voraussetzung für deren Behebung und weitere Vorbeugung.

Vorstand: Dr. med. Friedrich Weinberger, Träger des Bundesverdienstkreuzes, Garmisch-Partenkirchen; Prof. Dr. med. Klemens Dieckhöfer, Bonn; Dipl.Phys. Dr. phil. Dietrich Koch, Mülheim; Christine Gättinger, München; Dr. med. Dietmar Eckstein, Auerbach;

Beirat: Prof. Ernst-Eberhard Weinhold, Nordholz; Prof. Robert Wilcocks, Edmonton; Jacques Bénesteanu, Toulouse; Prof. Max Scharnberg, Uppsala;

Sekretariat: Alpspitzstr. 27, D - 82467 Garmisch-Partenkirchen, Tel. 08821 – 9677990, Fax 08821– 9434667; **Netz:** www.psychiatrie-und-ethik.de;

Konto: Deutsche Apotheker- und Ärztekammer München Nr.1655 191, BLZ 700 906 06

2. Jüngste Entwicklungen bei bekannten, aktuellen Mißbrauchsfällen

2.1 Über **Rainer Hoffmann** aus Recklinghausen haben wir letztmals in RB 1/10,2.8 berichtet. Bei den jahrelang sich hinziehenden Rechtshändeln versuchten Gerichte immer wieder, ihn u.a. mit Androhung einer Psychiatrisierung gefügig zu machen. Da ich Hoffmann über die Zeit persönlich immer besser kennen gelernt habe, konnte ich ihm Ende November ein Attest ausstellen, das ihm gute psychische Gesundheit zuerkannte. Hoffmann, vordem Prokurist eines mittelständischen Betriebs und nebenher autodidaktischer PC-Experte, der sich auch selbst vor Gericht vertritt (!), forderte zuletzt Einblick in eine Geheimakte, die über ihn seit 1998 beim Justizministerium von NRW geführt wird (vergleichbar mit einer Kader-Akte der Ex-DDR?). Nach dem neuen Informationsfreiheitsgesetz von 2006 konnte er Einblick verlangen, nach einem richterlichen Beschluß gar *vollständige* Akteneinsicht. Ende November entnahm er Verfahrensakten beim Verwaltungsgericht (Beiakten), daß ihm ein Richter beim LG Bochum 2008 aus hohler Hand einen „*Querulantenwahn*“ angehängt hatte, um damit ggf. wohl seine Schuldfähigkeit in Frage zu stellen. „*Zu Ihrem Wohl und ganz sicher nicht, um Sie in Ihrer Ehre zu verletzen*“, sei das geschehen, schrieb die Staatsanwaltschaft, bei der H. Klage gegen den Richter wegen übler Nachrede erhoben hat. H., vordem Prokurist, hat über den gerichtlichen Belastungen seinen Arbeitsplatz verloren.

2.2 Von den weiteren Fällen, die wir in jüngerer Zeit herausstellten, sind zwei, die von **Rudolf Schmenger** und **Eberhart Herrmann** (RB 1/11, 3.2-3) in Teilbereichen gerichtlich entschieden. Beide fordern noch Schadensersatz. Herrmanns Klage gegen den Feistaat Bayern als Dienstherrn Prof. Möllers liegt jetzt beim BVerG. Die Gefälligkeitsgutachten, die mehrere Ordinarien, u.a. Prof. Falkai, Göttingen (Präsident der DGPPN bis 11/11), und Prof. Marneros, Halle, für Herrmanns Prozeßgegner abgegeben haben, wurden gutachtlich von Prof. Dieckhöfer gemustert und Mitte Dezember von Herrmanns Anwalt den Rektoren/Präsidenten der betreffenden Universitäten übermittelt, ein Dienstaufsichtsverfahren ihnen nahegelegt.

2.3 Der Fall **L. Tiedtke von Koß** (RB 1/11,3.1) liegt ebenfalls noch beim Bundesverfassungsgericht, was, weil nicht abgewiesen, Hoffnung gibt. Auch hier erwarten wir letztlich – die Fakten sind klar – „positive“ Entscheidungen.

2.4.1 Einen großen Schritt nach vorn gab es im Fall von **Gustl Ferdinand Mollath**. Zuerst aber ein kurzer Überblick, was seit unserer letzten Darlegung im RB 1/11,4 passiert ist. Nach dem Prüftermin beim Landgericht Bayreuth wurden von Mit-

gliedern des um Mollath bemühten Freundeskreises - am 8.7.11 beim Generalstaatsanwalt Bamberg ein Ermittlungsverfahren gegen die Gutachter L. und P. wegen Freiheitsberaubung eingereicht, von jenem abgelehnt.

- am 22.9.11 beim OLG Bamberg beantragt, Mollath „gem. § 33a StPO nachträglich rechtliches Gehör“ zu verschaffen – abgelehnt. Mein Gutachten, sinngemäß wiedergegeben in RB 1/11,4, wurde erneut mit dem Einwand abgetan, es sei „*nicht objektiv*“. Es hätte sich „*ausdrücklich an die Angaben des Verurteilten (gehalten)*“. Es hatte sich aber just an sie zu halten, weil hier gar nicht so sehr interessierte, ob und inwieweit sie dem Tatgeschehen entsprachen – was zu klären, Aufgabe der Ermittlungsbehörden gewesen wäre -, sondern hier zu prüfen war, ob in den Angaben des Verurteilten psychopathologisch Auffälliges aufschiene. Laut Entscheidungen des BGH vom 25.2.2009 (IV ZR 27/08, NJOZ 2009, 1690) und vom 15.5.2009 (IV ZR 57/08, NJW-RR 2009, 1192) hat ein Richter substantiierte Einwendungen der Parteien zu berücksichtigen, ggf. unter Anhörung der gutachtlichen Kontrahenten.

- Von verschiedenen Seiten wurde die bayerische Staatsministerin der Justiz Dr. Beate Merk (CSU) als übergeordnete Behörde angegangen. Sie schützte in ihren Antworten erst einmal die Unabhängigkeit der Richter vor. Als wir sie dann auf die vorrangig beanstandeten Prüfungsversäumnisse der weisungsgebundenen Staatsanwälte bezüglich Mollaths Anzeigen der umfänglichen Geldverschiebungen seiner Frau hinwiesen, kam keine Antwort mehr.

2.4.2 Am 7.10.2011 kamen die NÜRNBERGER NACHRICHTEN mit einem umfänglichen Bericht zu Mollath – er hieß dort „*Ferdl G.*“ - heraus mit dem Titel: „*Ein gar nicht so fernes Unrecht? – Nürnberger hat Schwarzgeldaffaire angezeigt und landete dann in der Psychiatrie*“. Mit einem weiteren Beitrag hakte die Zeitung am 11.11.11 nach („*Die Bank selbst nahm die schweren Vorwürfe ernster als die Justiz!*“). Nach dem Bericht hat die HypoVereinsbank gegenüber einigen ihrer damaligen Mitarbeiter ob deren „*weisungswidrigem Verhalten*“ bei ihren Geschäften in der Schweiz „*personelle Konsequenzen*“ gezogen, was der vorausgegangenen psychiatrisch-gutachterlichen und gerichtlichen Wertung von Mollaths Angaben 2006 als „*Wahn*“ ein weiteres Mal den Boden entzog. Die Nürnberger Staatsanwaltschaft sah dennoch, so die Zeitung, für eine Wiederaufnahme des Verfahrens „*keinen Anlaß*“.

2.4.3 Am 13.12.11 brachte die **ARD-Sendung REPORT MAINZ neue Bewegung in den Fall**. Aus dem Unterstützerkreis um Mollaths legten aus persönlicher Vertrautheit mit ihm der Zahnarzt E. Braun, ein

alter Rennsportkamerad, Zeugnis für ihn ein,¹ nach juristischen Durchdringung des Falls ebenso der Ministerialrat a.D. Dr. W. Schlötterer². Karl-Heinz Westenrieder, bei dem Prozeß seinerzeit als Schöffe beteiligt, sprach von einem Fehlurteil, an dem mitgewirkt zu haben, ihm große Gewissensbisse bereite. Die Fragwürdigkeiten der Diagnosestellungen kamen für die Zuschauer wie auch in den Medienberichten aber noch nicht voll herüber. Dafür war bei Report Mainz die Sendezeit zu kurz. Einer der Hauptzwecke meiner Begutachtung und ihrer Auswertung in RB 1/11,4, die Erzielung öffentlicher Aufmerksamkeit, wurde mit der Sendung aber erreicht.

2.4.4 Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wies die gegen sie nun öffentlich erhobenen Vorwürfe erst erneut zurück, nahm dann – acht Jahre nach Mollaths Anzeige! – aber doch Vorermittlungen gegen die HypoVereinsbank auf. Bei einer **Anhörung im Bayerischen Landtag am 15.12.11** (<http://www.youtube.com/playlist?list=PLC13B1B287736C886>) verlangten Vertreter/innen der **Freien Wähler** und der **Grünen** nähere Auskunft zu vielen noch ungeklärten Fragen.

Die Staatsministerin der Justiz Dr. Merk (CSU) fuhr die hohen juristischen Instanzen und Psychiater an, die für sich schon dafür stünden, daß alles in Ordnung ist. „*In einem Rechtsstaat wird keiner willkürlich untergebracht*“. Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht, Bundesgerichtshof und „*renommierte forensische Psychiater*“ hätten den Fall eingehend geprüft. Sie hielten Mollath „*noch immer für allgemeingefährlich*“.³ Nicht Anzeigen

¹ Daß sich die Skandale vielfach in schwarz regierten Bundesländern abspielten, hat vielleicht beigetragen, daß der Helferkreis eher etwas links steht. Mit großer Anerkennung erlebten wir, wie sich dieser Kreis qualifizierter, hoch respektabler Leute um Gustl Mollath spontan gebildet hat. Nachdem wir es vor drei Jahrzehnten vor allem mit Psychiatriemißbräuchen in der SU zu tun hatten, hat sich bei uns zeitweilig vielleicht eine Neigung eher nach rechts eingestellt. Der Kampf gegen diese Praktiken war dabei immer überparteilich. Und das Zusammenwirken parteipolitisch ganz unterschiedlich orientierter Menschen unterstreicht heute die Überparteilichkeit des Widerstands gegen Übergriffe von Psychiatrie und Justiz nochmals und gibt ihm nochmals Auftrieb.

² Von ihm das Buch **MACHT UND MISSBRAUCH**, Heyne, 2010, Erfahrungen mit F.J. Strauß & Umgebung wiedergebend.

³ Daß es bei den Gutachtern 2:2 steht und u.a. mit der Expertise von Dr. Simmerl und meiner korrekte, unparteiische, nicht maliziös umdeutende Gutachten vorliegen, unterschlug Dr. Merk ähnlich wie die Tatsache, daß die Frau die „*massiven Tätlichkeiten*“ gegen sie (mindestens zwanzigmal geschlagen, in den Arm gebissen, bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt) erst ein Jahr später angezeigt hat, sie auch keine Wahnkrankheit beweisen und keine sechs-

von Schwarzgeldverschiebungen, sondern „*massive Gewalt*(anwendungen) *gegen seine Frau*“ und Gefährdungen „*unbeteiligte Dritter*“ hätten, weil seiner Wahnkrankheit entsprungen, zur Diagnose und in der Folge zur Unterbringung Mollaths im Maßregelvollzug geführt. Daß der Gutachter und dann die Justiz primär Mollaths Reaktionen auf die Geldtransfers seiner Frau als Indiz seiner Krankheit werteten, verwischte Dr. Merk. So auseinander, wie sie es vor den bayerischen Volksvertretern darlegte, liegen die „*Komplexe*“ hier von Mollaths Anzeigen, da von seinen (teilweise unbewiesenen) Tätlichkeiten nicht.

Gleichzeitig zeigte sich bei der Debatte im Parlament viel Übereinstimmung zwischen Regierung und Teilen der Opposition, von **CSU, FDP** und **SPD**⁴ - Eintracht im „*Establishment*“. Das Publikum sollte vor den „*führenden Autoritäten auf dem Gebiet*“ (RB 1/11,2,6) offensichtlich in die Knie gehen. Daß mehrere an dem Skandal Beteiligte, weil, wenn auch unterschiedlich involviert, sich u.U. gegenseitig decken⁵, wurde als denkunmöglich gehandelt, wiewohl sich ein an dem Prozeß 2006 beteiligter Laienrichter von Prozeßführung und Urteil bereits distanziert hat.

Kein Wort wurde auf der das „*psycho-juristische*“ Vorgehen verteidigenden Seite zu der Tatsache verloren, daß Äußerungen hier als wahnhaft erklärt wurden, deren Realitätsbezug gar nicht geprüft worden war. Viele Lücken und Verbiegungen, die die Ermittlung des Falles wie die Begutachtung kennzeichnen – sind unter www.gustl-for-help.de einsehbar, Mollath da in Videos frei sprechend -, blieben unerwähnt.

Kein Wort verlor Frau Dr. Merk bei ihrem Aufgebot der juristischen Instanzen und „*renommierten forensischen Psychiater*“ dazu, daß zwei ärztliche Gutachter das wahnhaftige Geprägtsein von Mollaths Übergriffen (sofern es sie gab), vor allem aber seine fortdauernde Allgemeingefährlichkeit entschieden verneinten, eines indirekt bereits 2007, meines im April 2011.

Kein Wort verloren wurde im Landtag zu den Parallelfällen W. Stork, E. Herrmann, R. Schmenger u.a., die gerade aus unionsregierten Ländern jüngst bekannt geworden sind und zeigen, welche horrende Übergriffe in der Psychiatrie auch des Rechtsstaates möglich sind. Einige der wahrlich „*renommiertesten Psychiater*“ sind in sie verwickelt, sind teils rechtskräftig bereits verurteilt; teils sind Dienstaufsichtsbeschwerden gegen sie unterwegs. Weiteres **unter 5.2**.

jährige „*Freiheitsstrafe*“ rechtfertigen. Reifenstechereien sind Mollath auch nicht wirklich nachgewiesen worden.

⁴ Dr. Merk wurde vom SPD-Abgeordneten Schindler unterstützt. Er sagte, zu 100% erwiesen sich die häufig genug eingehenden Klagen über zu Unrecht erfolgte Einweisungen als falsch. Daß sie häufig, vielleicht zu 99,9 % falsch sind, läßt in 0,1 Prozent der Fälle eine mißbräuchliche, unrechte Einweisung um so leichter als rechtmäßig ausgeben.

⁵ Vgl. den VOS- Ex-Vorsitzenden Stichler unter 3.7.

3. Diskussion von SED-Unrecht einschließlich Psychiatriemißbräuchen kommt voran

Haben die Regierenden und ihre Protégés wie bei allen gesellschaftlichen Fragen so auch bei der Aufarbeitung politischer Verfolgung (oder der Verhinderung von Aufarbeitung) die Nase vorn, so beläßt das demokratische System zum Glück Chancen auch „nicht-beauftragten“ Einzelnen. Dr. Wolfgang Mayer, selbst Stasi-Opfer und von seiner Umgebung mitunter heute noch politisch gepiesackter Berufsschullehrer in Erfurt⁶, unterhält die Website www.Flucht-und-Ausreise.de und hier ein Diskussionsforum, das täglich an die 2.000 Male angeklickt wird. In meist kürzeren und damit leichter lesbaren Beiträgen kommen hier überwiegend „DDR-Erfahrene“ zu Wort. Nach vielen Verharmlosungen der Diktatur, die wir an offiziellen Plätzen erlebten, muß uns freuen, daß da mit anderen Themen auch der Psychiatriemißbrauch in Rede und Gegenrede zur Sprache kommt.

So übernahm **FLUCHT & AUSREISE** kürzlich einen Bericht aus der Verbandszeitschrift der **UOKG**⁷ über ihre Tagung zum Thema **Psychiatrie**

⁶ Dr. Mayer, Lehrer einst in der DDR, erhielt aufgrund seines Ausreiseantrags jahrelang Berufsverbot, suchte 1988 mit 17 weiteren Thüringern Zuflucht in der dänischen Botschaft in Ost-Berlin. Der Botschafter lieferte sie der Stasi aus, die sie in Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen steckte. Vor dem Mauerfall noch wurden sie aber in den Westen abgeschoben. Nach journalistischer Tätigkeit hier ging Mayer 1996 zurück nach Erfurt in den Schuldienst. Eine Verbeamtung blieb ihm im Gegensatz zu vielen Kollegen, ehem. Genossen, versagt. Parallel zu seiner Unterrichtstätigkeit absolvierte er an der Universität in Bonn ein Politikstudium. 2002 wurde er mit einer Dissertationsschrift von 730 Seiten in Philosophie promoviert. Zwei Bücher gibt es von ihm: **FLUCHT UND AUSREISE** sowie **DÄNEN VON SINNEN**, erschienen im Anita Tykve Verlag 1991.

⁷ Auf die Publikation im **STACHELDRAHT**, Nr. 6/2011 der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft erschien am 10.10. 2011 noch folgende Mitteilung: „*Ich war 1961 wegen diverser politischer Paragraphen (Spionage, Hetze usw.) in Stasi-U-Haft. Diese „Straftaten“ hatte ich weder in Wort noch in Tat begangen. (Da ich vor Gericht hörte, daß) ich an einer krankhaften Fantasie litte, wurde ich in eine psychiatrische Anstalt in Thüringen eingewiesen. Eine Ärztin forderte mich auf, meine Probleme niederzuschreiben. Ich schrieb, daß ich nach den Gesetzen der DDR unschuldig sei. Die Ärztin versprach mir zu helfen. Anschließend wurde mir in einer äußerst schmerzhaften Prozedur Liquor aus der Wirbelsäule entnommen. Angeblich sei es für das Gesundheitsamt. Gerüchten nach waren in dieser Anstalt etliche „Patienten“ wegen Hetze eingewiesen. Als ich nach ein paar Wochen in die U-Haft zurückkam, lachte mich der Vernehmer aus und versprach mir bei weiterem ähnlichen Verhalten eine Dauereinweisung. Bei der nächsten Gerichtsverhandlung wurde das Gut-*

in der DDR (vgl. RB 1/11, 3.1), dem weitere Beiträge folgten. Es hieß dort unter dem Titel:

3.1 PSYCHIATRIE ALS WAFFE

Der Mißbrauch der Psychiatrie als Mittel zur Bekämpfung politischer Gegner ist ein bislang wenig beachtetes Thema bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Die (UOKG) lud daher in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer renommierte Kenner⁸ sowie Opfer der DDR-Psychiatrie am 28. Juni 2011 zu einer Podiumsdiskussion in die Gedenkstätte Berliner Mauer.

Wie sehr dieses Thema die Menschen auch über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution noch beschäftigt, zeigte sich daran, daß mehr als 70 Interessierte trotz hochsommerlicher Temperaturen den Weg in die Gedenkstätte Berliner Mauer fanden. Als Zeitzeuge und Betroffener von Psychiatriemißbrauch in der DDR berichtete Dr. Dietrich Koch im Podium von seinen Erlebnissen. Er gehörte Anfang der 70er Jahre zu jenen, die gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche protestierten und deshalb von den DDR-Sicherheitsorganen inhaftiert wurden. Im Unterschied zu seinen politischen Haftkameraden wurde Koch jedoch in die Psychiatrie zwangseingewiesen, wo ihm auch hohe Dosen an Psychopharmaka verabreicht wurden...

Auf den Beitrag entwickelte sich ein ganzer Diskussionsstrang. Aus drei von vierzehn Beiträgen sei - notwendigerweise gekürzt - sachlich besonders Informatives wiedergegeben.

Lieber Dr. Koch, schrieb „BoWa“, die Seele (Psyche) ist ein verwundbares Reh. Sie gesundet am besten dort, wo Rehe gesunden: Weitab ... Kann sein, dass Sie mir jetzt die Freundschaft kündigen: Aber die Masse derjenigen, die in der DDR in die Psychiatrie-Mühlen gerieten, haben jedenfalls heute tatsächlich einen an der Waffel. Ihr BoWa

Koch antwortete, wie in einer fairen Diskussion üblich, ohne Groll:

Bei der Tagung am 28.6.11 in Berlin war zunächst ein wildes Aufbegehren von Psychiatrie(-mißbrauchs-)opfern im Raum befürchtet worden. Aber es ging friedlich zu. Manch einer hat sich zum er-

achten verlesen: Psychopath und für seine ‚Taten‘ voll verantwortlich.“ Helmut Graf, Berlin. Gewiß sind psychiatrische Internierungen allein zur Begutachtung noch kein Psychiatriemißbrauch. Doch läßt die hier unnötige, bei politischen Probanden in der DDR aber häufige Liquorentnahme eine schikanöse, mißbräuchliche Absicht erkennen.

⁸ Uns schloß sie aus – s. W. Mayer 3.4.

littenen Psychiatriemißbrauch bekannt. Ich habe nicht bemerkt, daß die Masse "*einen an der Waffel hatte*" ...

Sonja Süß' Buch zum Psychiatriemißbrauch habe ich deutlich widersprochen. Sie sucht danach, wie wohl der Wunsch nach Psychiatrisierung von der Stasi zu den Psychiatern gekommen sei. Ihr fällt dazu nur ein, nach IMs zu suchen. Solche hat sie nicht gefunden, weder in der Kreisdienststelle Döbeln, noch sonstwo. Also schließt sie, es habe keinen Psychiatriemißbrauch gegeben. Aber das ist der falsche Untersuchungsansatz. MfS und Haftpsychiatrie (hier: das Waldheimer Haftkrankenhaus unter Oberstleutnant Dr. Ochernal) waren beide Teile des DDR-Strafsystems. Hielt ein MfS-Offizier Psychiatrisierung für richtig, brauchte er sich keinen IM zu suchen, er schrieb vielmehr einen entsprechenden Antrag, dieser wurde vom StA wörtlich übernommen und samt U-Gefangenen zu Ochernal geschickt (später: nach Hohenschönhausen). Der fertigte ein Gutachten, auf das hin dann vom Gericht geurteilt wurde. Dies war das übliche "*Urteil-nach-Antrag-Verfahren*" (Falco Werkentin) der DDR-Strafjustiz. Diesem Weg müßte die Forschung nachgehen, so habe ich in Berlin vorgeschlagen. Die Stasi-Anträge müssten untersucht werden. In wieviel Prozent der Fälle hat Ochernal dem MfS-Antrag entsprochen? In wieviel Prozent der Fälle haben die Strafgerichte gemäß dem Ochernal'schen Gutachten geurteilt? *Was wurde aus den Zwangseingewiesenen? In wieviel Prozent der Fälle kam es später zu neuen Gerichtsbeschlüssen, die die Zwangseinweisung aufhoben?* Nichts von alledem ist bekannt. Schließlich müßten die Betroffenen heute, soweit das geht, von unabhängiger fachpsychiatrischer Seite nachuntersucht werden, um festzustellen, ob die damalige Zwangseinweisung berechtigt war oder nicht. Ein erheblicher Teil der damaligen Opfer wird inzwischen verstorben sein, ein anderer unter der Wirkung jahrelanger Psychopharmakagaben unrettbar krank; viele werden infolge der jahrelangen Unterbringung hospitalisiert sein...

Nur einen Fall, den ich persönlich kenne: In die zivile Psychiatrie nach Altscherbitz bei Leipzig wurde wegen "Schizophrenie" einer eingewiesen, der später in die Bundesrepublik kam, hier CDU-Mitglied wurde und über sie Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages und nach 1989 Justizminister in Mecklenburg wurde. Er möchte nicht, daß allzu groß über seinen Fall geredet wird. Ich kenne ihn gut... Er gehört sicher nicht zu jenen, bei denen Herr Walther "*einen an der Waffel*" vermutet.

Die von Koch aufgeworfenen Fragen sind über mehr als 20 Jahre alle unbeantwortet geblieben.

Auch **ich (W)** antwortete „Bowa“ freundlich:

Auch in der Ex-Sowjetunion litt der größte Teil („*die Masse*“) derer, die in psychiatrische Kliniken gesteckt wurden, an realen psychischen Krankheiten. Auch „*dort gab es schuldunfähig kranke, gemeingefährliche Menschen.*“ (BoWa). Warum nur hat sich die Welt seinerzeit der Oppositionellen angenommen, die in der SU aus politischen Gründen psychiatrisch eingewiesen wurden? Warum will sie, wollen auch viele renommierte Leute hierzulande die Mißbräuche des Faches nicht wahrnehmen, die über Dr. Koch hinaus *einige* Oppositionelle in der DDR zu ertragen hatten? Merkwürdig, daß vielfach auch unsere Opferverbände die psychiatrische Repression der DDR über Jahrzehnte herunterspielten. Geschah, geschieht es, weil sie von staatlichen Geldgebern abhängen? Und wollen diese von besagter Form von Repression nichts wissen, weil sie die Methode selbst anwenden, sie im Fall des Falles selbst zur Verfügung haben wollen (vgl. SZ vom 19.5.2011 "*Millionenklage gegen Arzt*" im Fall Herrmann oder Der Spiegel 4/2010 "*Genervte Fahnder*" zum Fall Schmenger)?

Wenn nur Möglichkeit besteht, die Wahrheit zu erfahren oder sie auszusprechen, dann wird sie von vielen an allen „von oben“ lancierten Fehlinformationen vorbei auch wahrgenommen.

3.2 Bald vertieften **neue Diskussionsstränge auf FLUCHT & AUSREISE** das Thema weiter. Einige Beispiele daraus:

Weinberger am 6.11.11:

BStU VERWISCHT SED-VERBRECHEN

... am 1.3.2011 richtete ich folgende Zeilen **an den neuen Bundesbeauftragten Roland Jahn** (Ausführungen hier zum Teil wieder gekürzt, leicht modifiziert):

Sehr geehrter Herr Jahn,

empfangen Sie auch unsere herzlichen Glückwünsche zu dem wichtigen Amt, das Sie in Bälde übernehmen. Große Hoffnung setzen wir darauf auch für unsere Schutzbefohlenen, die Opfer psychiatrischen Mißbrauchs in der DDR. Von beiden Ihrer Amtsvorgänger wurden sie wenig beachtet. Ich erlaube mir, Ihnen unseren jüngsten Rundbrief (2/10) beizulegen. Was da allein zu dem Fall Tiedtke von Koß steht, könnte einen doch zum Weinen bringen... Aber auch andere ähnliche Fälle harren 20 Jahre nach Ende der Diktatur in unserem Land noch ihrer Rehabilitierung. Helfen Sie, sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter, daß auch der Vorwurf hinfällig wird, bei der Verschleierung

des Psychiatriemißbrauchs, einer der übelsten Repressionsmethoden der Stasi, habe die „Behörde BStU“ mit Pate gestanden. Die „Jahn-Behörde“ möge von solchem Ruf frei bleiben.

Mit besten Grüßen

Dr. F. Weinberger, Vorsitzender, GEP

Nach Antritt seines Amtes antwortete **der Bundesbeauftragte** am 1.4.2011:

Sehr geehrter Herr Dr. Weinberger, für Ihre Glückwünsche anlässlich meines Amtsantritts als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Mit meiner Wahl hat das Parlament ein deutliches Zeichen gegen das Vergessen und für die weitere Aufarbeitung der SED-Diktatur gesetzt. Ich freue mich sehr, dass ich in einer besonders verantwortungsvollen Funktion bei der Aufklärung des Wirkens des Ministeriums für Staatssicherheit mithelfen darf.

Zur Erforschung der Wirkungsweise der SED-Diktatur und zu ihrer Aufarbeitung gehört gewiss auch das Thema, für das Sie sich engagieren, nämlich der Missbrauch der Psychiatrie zur Disziplinierung unbequemer Menschen. Ich bin grundsätzlich für diese Fragestellung aufgeschlossen, da mir daran liegt zu erkunden, wie die Diktatur in allen Bereichen des Alltags funktioniert hat.

Sie werden nachvollziehen können, dass ich mich zu Einzelheiten der Amtsführung meiner Vorgänger nicht äußern werde. Nach den Darlegungen in Ihrem Brief kann ich jedoch den Vorwurf nicht nachvollziehen, bei der Verschleierung des Psychiatrie-Missbrauchs habe die Stasi-Unterlagen-Behörde Pate gestanden.

Mit freundlichen Grüßen Roland Jahn

Die Antwort des Bundesbeauftragten empfanden wir als hoffnungsvoll. Daß er an seinen Amtsvorgängern keine direkte Kritik äußern wollte, vollzogen wir um so eher nach, als er es anders als diese unternahm, die in seinem Haus reichlich noch sich tummelnden Ex-Stasi-Leute aus der Behörde zu entfernen. **So schrieb ich** (W) ihn am 8.4.2011 erneut an:

Sehr geehrter Herr Jahn, haben Sie vielen Dank für Ihr Antwortschreiben vom 1.4.2011. Ich habe mit großer Genugtuung Ihre Worte bei Ihrer Amtseinführung verfolgt und freue mich, daß Sie auch dem Thema des Psychiatriemißbrauchs Aufmerksamkeit schenken wollen...

Ich danke auch, daß Sie mir nun Gelegenheit geben, meinen Vorwurf, die Gauck-Behörde habe bei der Verschleierung besagter Stasi-Repressionsmethode Pate gestanden, zu spezifizieren.

Das der Behörde entsprungene Buch der Sonja Süß **POLITISCH MISSBRAUCHT?** führt den Reigen derer an, die bis heute und bis hin zu Stasi-General S. Rataizik im In- und im Ausland behaupten, in der DDR habe es keinen systematischen Mißbrauch des Faches gegeben.⁹ Ich habe Herrn Gauck rechtzeitig gewarnt, die Abfassung des Buchs in die alleinigen Hände der ehemaligen Schülerin des Lehrbeauftragten für Marxismus-Leninismus an der Karl-Marx-Universität Leipzig Achim Thom, danach Vertreterin des linken Flügels des Demokratischen Aufbruchs, zu geben – vergeblich. Ich mußte dann erleben, daß ich, der Jahrzehnte ziemlich allein auf psychiatrischer Flur gegen besagten Mißbrauch in der Sowjetunion angekämpft hatte und darum von der Stasi abgeschöpft wurde, für diesen Einsatz in dem Buch „Ihrer“ Behörde, dem Buch der Sonja Süß bzw. des grünen Politikers Gauck, Kapitel 6.6, madig gemacht wurde.¹⁰ Bundeskanzler Kohl konnte sich mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen solche von „Ihrer“ Behörde, bzw. der grünen Politikerin Birthler geplante Bosheit wehren. Ich konnte es nicht. Bis heute können mir darob viele damalige Freunde der Sowjetunion (und der DDR), auch viele meiner rot-grünen Fachkollegen die lange Nase zeigen. Mehr noch beklage und rüge ich an den Buch jedoch die gesamte (von Süß bei viel Fleißarbeit geleistete) Verzeichnung, Verharmlosung des Mißbrauchsgeschehens in der DDR, an dem sicher viele Opfer, die meisten wohl namenlos, bis heute leiden, von der Verdrehung der geschichtlichen Wahrheit ganz abgesehen. Ich hoffe, Sie verstehen, daß ich nicht aufhöre, die Vorgehensweisen Ihrer beiden Amtsvorgänger in der Angelegenheit als unerhört zu bezeichnen. Mit besten Grüßen und Wünschen
Dr. Weinberger, GEP

Am 11.5.11 schrieb ich den Bundesbeauftragten

⁹ H. Dietze hatte auf der Site am 10.10.11 dazu geschrieben: „Das ist ungeheuerlich! .. Und um solche Aussagen als wissenschaftlich fundiert darstellen zu können, ließen die sich ihre Arbeit(en) von der Stiftung Aufarbeitung fördern. Und seitdem galten / gelten solche Aussagen als unangreifbar, weil von der Stiftung gefördert!“

¹⁰ Die von Anfang an *deutsche* Vereinigung hieß bei Süß „Münchner Verein“. Aus der Tatsache, daß einige der neun Bundesländer zum DDR-Psycho-Mißbrauch Überprüfungscommissionen einrichteten, sie mit weisungsgebundenen Beamten besetzten und die GEP, die einzige seit Jahrzehnten das Gebiet kompetent beackernde Gesellschaft im Land, ausgrenzten - entsprechend die Ergebnisse -, folgerte sie mein *Gekränkt*-Sein (S.113). Daß das Stasi-Spitzel Otto immer wieder bei mir aufkreuzte, hätte ich „für einen großen Gewinn“ gehalten (S. 645). Etliche eklatante Mißbrauchsfälle (s.RB 1/09,2) spielte Süß herunter usf.

aus gegebenem Anlaß nochmals an, griff dabei eine seiner markanten Äußerungen auf („*Wer abgehört wird, ist Opfer... Wie Gauck damit umgegangen ist, sagt vor allem etwas über Gauck*“) und nannte am Rand Süß' Herabwürdigungen ein „Verbraten“.*

An dieses beiläufig gebrauchte Wort hängt sich **Jahn in seiner Antwort vom 5.8.2011**. Er bezeichnete meine Vorwürfe erneut als „*nicht nachvollziehbar*“, meinte dazu, Süß habe das Tun (des Stasi-Sptzels Otto) in ihrem Buch ausdrücklich als "*schändlich*" bezeichnet. Derartiges geht heute freilich auch den eifrigen SED-Nachfolgern von den Lippen. Er verstehe, daß ich empört sei, „*von der IM ‚Jutta‘ seinerzeit getäuscht worden zu sein*“, sollte es aber „*nicht der Autorin des Buches anlasten*“, als lastete ich dieser und mit ihr seiner Behörde nicht ganz anderes an, die Tatsache nämlich, daß sie die Leugnung des DDR-Psychiatriemißbrauchs, dazu die Ausgrenzung letztlich der einzigen Gruppe im Land *initiierten*, die hierzulande dieser (lange Zeit überwiegend kommunistischen) Unterdrückungsmethode kompetent entgegengetreten ist. War Jahns „*Aufgeschlossenheit für die Fragestellung*“ nur ein Aprilscherz? Sagt es jetzt nicht „*vor allem etwas über*“ - Jahn? Seien wir aber nachsichtig. Außenstehende, auch gutwillige (s.o. - „BoWa“), tun sich mit der Psychiatrie mitunter schwer. Andererseits bleibt festzuhalten:

Mit dem Süß-Buch verwischte die BStU-Behörde eine ganze Kategorie von Stasi-Repressionen, die nämlich mittels Psychiatrie. Gleichzeitig versuchte sie mit ihm deren langjährige Widersacher in Mißkredit zu bringen. Wollte sie die Methode damit für spätere Einsätze im „Rechtsstaat“ warm halten – s. die kürzlich bekannt gewordenen Fälle von Eberhart Herrmann (SZ, 19.5.2011) und Rudolf Schmenger (Der Spiegel 4/11)?

Fraglos hat die BStU-Behörde zur Aufarbeitung der SED-Verbrechen manches geleistet – zumindest so viel, daß sonst auffallende Empörung im Land nicht aufkam. Andererseits war und ist diese Behörde offensichtlich – Jürgen Fuchs wies in seinem letzten Buch „*Magdalena*“ frühzeitig darauf hin – so angelegt, daß genügend kommunistische Untaten verdeckt blieben und genügend Täter in unseren Staatsbetrieb einflußreich „integriert“ wurden.

Dr. W. Mayer¹¹ hakte am 8.11.2011 nach:

¹¹ Schon seit 2008 stellte er Etliches aus unseren Rundbriefen auf seine Webseite, aus RB 2/08,3.2 etwa die Ausführungen zu einigen Bürgerrechtlern, die immer wieder als Freiheitskämpfer der 89er Revolution gefeiert werden, durchwegs Linke, vielfach Kommunisten, Sozialisten wie R. Havemann, W. Biermann, R. Dutschke, S. Süß, H. Weber oder, die wie Gauck und Birthler der

... **Leider habe auch ich** gerade in der letzten Zeit ähnliche Erfahrungen mit der BStU-Behörde machen müssen wie Sie...

Das Problem sind nicht etwa die paar Dutzend Stasileute, die der damals amtierende Bundesbeauftragte Joachim GAUCK verbeamtet hat und die heute dazu dienen, von den tatsächlichen Problemen abzulenken. Es sind eher Leute wie ALTENDORF, BRUNNER & Co., denen jedwede Aufklärung des furchtbaren SED-Regimes ungelegen kommt, weil sie selbst mit diesem System intensiv kooperierten oder gar politische Funktionen dort ausgeübt haben.

Man muß sich das einmal vorstellen: Sogar die Leiterin der Thüringer Staatskanzlei, Marion WALSMANN, die nun wirklich alles andere als eine Opfer-Biografie vorzuweisen hat, sagt heute: „Missbräuchliche Methoden des Staatssicherheitsdienstes haben im Alltag der Menschen viele Gesichter und bis heute [haben] zahlreiche Menschen unter den Folgen der Repressionen der Stasi zu leiden. Eindrucksvolles und bislang weniger bekanntes Beispiel [ist] die politische Instrumentalisierung der Psychiatrie in der ehemaligen DDR, unter deren Folgen die Opfer bis heute leiden.“ (TLZ v. 4.11. 2011, Landesspiegel/TH 3a) Herzliche Grüße Ihr W. M.

Hierauf am 11.11.11 **Dr. Koch:**

Sonja Süß sieht nur Plazebos: Als ich 1995 in Dresden den Leiter der Kommission zur Untersuchung von Psychiatriemissbrauch, den Ltd. Oberstaatsanwalt i. R. Eberhard Uhlig aufsuchte, um ihm meinen Fall vorzutragen, sprach ich auch von den hohen Gaben von Psychopharmaka ohne jede medizinische Berechtigung. Er ging zum Telefon. Als er zurückkam, sagte er mir, er habe gerade eine Expertin angerufen; diese habe ihm gesagt, das seien sicher Plazebos gewesen. Es war Sonja Schröder, später Süß. Ich war entsetzt. Plazebos gibt man einem Patienten, der etwas haben will, aber keinen Wirkstoff braucht. Also sicher nicht im Fall zwangsweiser Verabreichung gegen seinen Willen.

Ich dachte an ein Erlebnis im HKH Waldheim. Dort bekam ich die Medizin gewöhnlich aufgelöst und mußte sie in Gegenwart des Pflegers schlucken und etwas nachtrinken, damit ich sie nicht im Mund behalten und ausspucken konnte. Einmal

Partei der Grünen entstammen. Weithin konnten sie so die „Aufarbeitung“ in ihre Hände nehmen. Nach Martin Gutzeit, dem Berliner Landesbeauftragten, weisen Indizien gar auf seinerzeitige Absprachen zwischen der Bundesregierung und der Stasi-Generalität. Über „Graswurzel-Publikationen“, ausführliche wie kurgefasste, auf Papier wie im Netz ausgedruckte, läßt sich die lang hier währende linke Deutungshoheit nun aber doch durchbrechen.

war der Pfleger in Eile, gab mir nur das Medizin-
gläschen und ging. Statt das Zeug wegzuschütten
kam mir ein Einfall. Ich goß es in das Aquarium
im Aufenthaltsraum. Die Guppies wurden nach
einiger Zeit immer träger und waren bald darauf
leiblos. Ich überzeugte den Verantwortlichen, daß
das Aquarium wieder einmal sauber gemacht wer-
den müsse. Nach einer Nacht im klaren Wasser
war ein Fisch tot, die anderen hatten sich erholt.
Frau Sonja Süß hat weiterhin Eberhard Uhlig „be-
raten“. Beim Film *"Es ist nicht vorbei"* (ARD,
9.11.11) musste ich immer wieder an Waldheim
denken. Was hätte das Opfer wohl gesagt, wenn
Prof. Dr. Limberg sie beruhigt hätte: „Prothazin? -
Das war doch nur ein Plazebo.“

Und **F. Schaarschmidt** am 11.11.2011

... Wir alle sind und waren entsetzt über die Ver-
brechen der SED-Diktatur an ihrem Volk. Die
sog. friedliche Revolution war danach vermutlich
vom "Runden Tischen" geleitet... Warum wurden
verantwortliche Tätergruppen, Mitläufer,¹²
Blockparteimitglieder, Angehörige "bewaffneter
Organe" so gut wie nicht zur Rechenschaft gezo-
gen? ...

Ein besonderes Lob gilt dem Vorstand der "Wal-
ter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der
Psychiatrie e.V. (GEP)". Es ist ganz sicher die
einzige Gesellschaft von namhaften Fachärzten in
Deutschland, die seit längerer Zeit unerschütter-
lich den Mißbrauch in der Psychiatrie untersucht,
veröffentlicht und bekämpft. Wie manch andere
genießt auch diese Gesellschaft e.V. keine Aner-
kennung oder gar Förderung durch Regierungs-
stellen oder Ärztekammern. Letztere werden sich
hüten, sind sie doch mitschuldig, dass Stasi-Ärzte,
darunter auch Psychiater, heute "freie Mediziner"
sind...

Und **R. Hoffmann** („Solarkritik“) am 14.11.2011

*... Wie es Roland Jahn in der Korrespondenz mit
Dr. Weinberger vorführt, stellen sich unsere Be-
hörden in Ost und West gern begriffsstutzig, wenn
ihnen triftige Eingaben zu peinlich werden und
sie glauben, sie auf diese Weise am ehesten ab-
wimmeln zu können. Da schwingt sich selbst der
Bundesbeauftragte Jahn dem Psychiater Wein-
berger gegenüber aufs hohe Psychiater-Roß und
nennt dessen gut begründete, leicht nachzuvoll-
ziehende Beschwerden „nicht nachvollziehbar“.
Soll man lachen oder weinen? Juristen, Richter
arbeiten in Deutschland gelegentlich mit ähnli-
chen Floskeln, wie z.B.: "Ihr Vorbringen ist un-
begründet", obwohl man seitenweise Argumente
vorgetragen hat. Dieses argumentationslose und
ausgebuffte Vorgehen Jahns - sein Bemühen, sein*

*Haus neu zu ordnen, verdient gewiß Respekt -
grenzt selbst schon an Psychiatriemißbrauch...*

Ist es nicht tröstlich, daß die Verstellungen manch
staatsnaher „Aufarbeiter“ nun doch von unterschied-
lichsten Seiten aus hinterfragt werden? **Nicht hoch
genug zu würdigen ist Jahns Bemühen um die
„Neuordnung seines Hauses“, das Ende Dezem-
ber gegen SPD, Grüne und Gauck mit der Novel-
lierung des Stasi-Unterlagengesetzes erfolgreich
war.**

3.3 Zu einem weiteren Gesprächsstrang Dr. Mayer
ÄRZTE-ÜSE (Übersiedlungssersuchen) **und IM's**
schrieb F. **Schaarschmidt** am 14.11.2011:

... Wie Dr. Weinberger in "BStU verwischt SED-
Verbrechen" schrieb, verkündete Frau Dr. Weil bei
der Vorstellung ihres Buchs ZIELGRUPPE ÄRZ-
TESCHAFT stolz: *"Klarnamen werden nicht ge-
nannt. Es geht hier nicht um Denunziation von
Ärzten, sondern um eine zeithistorische Aufarbei-
tung des Themas..."* (DÄ 48/2007), was der ver-
storbene BÄK-Präsident Hoppe kommentarlos ab-
nickte. Die Nennung ärztlicher IM-Klarnamen als
„Denunziation“ zu bezeichnen, rückt solche Nen-
nung jedoch geradezu ins Unanständige. Es ermög-
licht das Weiterpraktizieren der ärztlichen Täter.
Allein der Buchtitel Zielgruppe Ärzteschaft rückt
diese ein wenig schon in die Rolle von Opfern, wo
es vor allem doch um Täter geht. 3-5 Prozent der
Ärzte in der DDR hätten, behauptet Weil, für die
Stasi gearbeitet. Sie ging bei ihre Untersuchung
von einer nach dem Zufallsprinzip ausgesuchten
Stichprobe von 5000 Ärzten aus und fand unter ih-
nen 493 IMs. Demnach **haben rund 10 Prozent
der DDR-Mediziner der Stasi gedient**. Prozent-
rechnung scheint nicht Weils Stärke zu sein.

Der *einzige* ärztliche Klarnamen, der in ihrem Buch
auftaucht, ist der von Dr. Weinberger (Seite 133).
Dass er von der Stasi abgeschöpft wurde, daraus
versuchte die Psychiaterin Dr. Süß schon, ihm et-
was anzuhängen. An sie anlehnend – auch die 3-5
% stammen letztlich von Süß -, versucht Frau Weil
nochmals, den- und diejenigen zu demontieren, die
jahrzehntelang kommunistischen Psychiatriemiß-
bräuchen effektiv entgegengetreten sind.

Im GEP-Rundbrief 1/08 wurde Weils Buch aus-
führlich schon besprochen. Es rühre einmal, heißt
es da, auch an die psychiatrische Mißbrauchspro-
blematik - „in eigener Art“. Es gibt auf Seite 189
die Aussage eines Psychiater-IMs wieder: *„Der
(Patient) leidet unter einer schizophrener Psycho-
se..., deshalb wurde 1984 die gerichtliche Einwei-
sung beantragt. Die Ausweisung (des Patienten in
die Bundesrepublik) könnte durch den Gegner für
Propagandazwecke ausgenutzt werden, um das
Gesundheitswesen und überhaupt die Verhältnisse*

¹² Nach '45 gab es im Westen für Mitläufer u.a. Spruchkammern.

in der DDR zu verunglimpfen.“ **Niemand aber hat von einem Psychiatriemißbrauch gesprochen** oder gar DDR-Verhältnisse ‚zu Propagandazwecken verunglimpft‘, wenn ein derart schwer Kranker gerichtlich eingewiesen wurde. Kritisch vermerkt hat die GEP lediglich Zwangsinternierungen von Gesunden, die politisch in Ungnade gefallen waren.

Ganz unauffällig, wie nebenbei sollte der politische Psychiatriemißbrauch der DDR, scheint es, verwischt und der jahrzehntelange Kampf der GEP gegen die psychiatrische Entrechtung Andersdenkender nochmals ins Unrecht gesetzt werden. **Dr. Weil wie die Bundesärztekammer als Förderin ihres Buches scheuen sich vermutlich dabei auch vor direktem Sprachgebrauch des MfS nicht.** Wie die Stasi damals, versuchen sie heute noch, die ärztlichen Verfehlungen (geline ausgedrückt!) unkenntlich zu machen und den von *einigen Ärzten (und Nicht-Ärzten)* geleisteten Widerstand in Mißkredit zu bringen. **Weils Buch ist die fein verborgene Art von Aufarbeitung, die den Tätern das Gedeihen im Rechtsstaat erleichtert und ehrliche Aufarbeitung über Jahrzehnte immer wieder blockiert.**

Dr. Mayer dann am 15.11.2011:

... Je mehr ich mich mit diesem Thema befasse, desto eher verstehe ich Eure/Ihre Kritik am gegenwärtigen Stand der „Aufarbeitung“. Daß konkrete Aufklärung erfolgen muß - dazu gehört nun mal die Nennung der damit in direktem Zusammenhang stehenden Namen der Delinquenten - ist unstrittig. Bei meinen Vorträgen ist es nicht anders: Bewegung im Saal, sobald die Klarnamen der Täter fallen ...

F. Schaarschmidt ging am 18.11. noch auf das **Dresdner „Forschungsinstitut“** weiter ein, auf dessen vehementen Verzicht auf Klarnamen und auf die Distanz, die auch Dr. Mayer darob zu ihm bezogen hat:

„...haben doch Täter aus den SED-Machtzentralen, des MfS und aus der Ärzteschaft Namen und Gesicht. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf ungeschminkte Aufklärung, auch dafür bezahlt der Steuerzahler diese Wissenschaftler.“

Hannah Arendt, nach der das Institut benannt ist, paßt zu der dort gepflegten Parteilichkeit ganz und gar nicht. Trotz erlebter Nazi-Verfolgungen, denen sie als Jüdin nur knapp entkam, behandelte sie den nazistischen und den kommunistischen Totalitarismus mit gleich entschiedener Ablehnung.

Auf Weils Zitat des ‚*IMV Karl Schönherr*‘ zum Fall des real kranken Patienten („N.N.“) war nochmals einzugehen und auch darauf, daß sie sich mit der kommentarlosen Übernahme seiner Ausführun-

gen nicht nur „vermutlich“, sondern offen und wortwörtlich mit dessen Sprachgebrauch gemein gemacht hat.

Weinberger am 16.11.2011 an Schaarschmidt:

... Nach Weil wie "*IMV Schönherr*" wurde über Psychiatriemißbräuche in der DDR nur geklagt, "*um die Verhältnisse in der DDR zu verunglimpfen*". Und **an solch perfiden Verfälschungen beteiligt sich die deutsche Ärzteschaft.** Sie haben sie treffsicher aufgespießt.

3.4 Dr. Mayers Webseite ist nun die zweite Publikationsreihe, auf der das schwierige Thema politischer Verfolgung in der DDR mittels „Seelenheilkunde“ kundig und exakt wie kaum sonst wo zur Sprache kommt. Um so nachhaltiger wird damit auch der Trick vieler Behörden konterkariert, an konkreten Beschwerden aus der Bevölkerung vorbeizureden und kurzerhand als „*nicht nachvollziehbar*“ zu erklären, was sie nicht verstehen **wollen.** Es ist auch ein Trick, mit dem das allgemeine Interesse vom Psychiatriemißbrauch lange abgelenkt wurde. Wir alle rechnen Jahn gewiß hoch an, daß er sein Haus von Trägern der roten Diktatur frei machte. **Das neue Stasi-Unterlagengesetz wurde von Bundespräsident Wulff am 23.12.2011 unterzeichnet. Aber auch die Realität des DDR-Psychiatriemißbrauchs sollte Roland Jahn** nicht wie seine Amtsvorgänger abzudecken versuchen.

Dieses Thema findet nun aber doch zunehmende Aufmerksamkeit und wird gegen „obere“, oft groteske Ausflüchte und Verzerrungen vernünftig diskutiert. Es ist gleichwohl eine der am zähesten verteidigten Festungen der Linken und nicht nur dieser. Die Frage bleibt, ob weiterer öffentlicher Druck **unsere staatsnahen Instanzen, Bundes- und Landesbeauftragte, Ärztekammern, Ärzteblätter, von ihnen hier bis heute SED-nahen Positionen abbringen kann** und diese ihnen allmählich doch noch peinlich werden. Nachdem sich die deutsche Psychiaterfachgesellschaft heute schon von der Scientology öffentlich belehren, ja auszeichnen läßt (Fn 33), sollte doch mehr ausgeschlossen sein, daß sie sich stichhaltiger Kritik auch von Kollegen öffnet. Wird diese Kritik doch zunehmend lauter, kommt sie doch von verschiedenen Seiten.

Wenn wir uns andererseits vergegenwärtigen, daß Stasi-Positionen selbst an der Spitze der amerikanischen Fachgesellschaft jetzt geläufig sind und wissen, daß auch **im Konservativen angesiedelte amerikanische** Stiftungen wie die geld-mächtige, einflußreiche *Smith-Richardson-Foundation* eine kritische Diskussion von Psychiatriemißbräuchen nicht wünschen, sie also decken (RB 1/11,2.5-6), dann müssen wir auf Widerstände weiter eingestellt bleiben. Die Situation gibt weiter viele Rätsel auf. Über

nationale wie professionelle Grenzen hinweg stützt sich „das Establishment“ gegenseitig.

3.5 Weinberger am 20.11.11 an Mayer

bezüglich der *Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)*, die uns über viele Jahre ähnlich wie Bundes- und Landesbeauftragte und andere offizielle Instanzen ausgegrenzt und den Psychiatriemißbrauch vernebelt hat.

... über eine Tagung (der UOKG) 2009, bei der es um "Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden..." ging, ein Thema, über das ich selbst vor Delegiertenversammlungen, einmal von BSV (2005), das andere Mal (2006) vor der VOS (einem weiteren großen Opferverband) gesprochen habe (RB 1/07,8). Nicht einmal als Zuhörer wurde ich 2009 von der UOKG geladen. Ich frage mich, woher diese perfide Ausgrenzung letztendlich rührt.

Und Mayer darauf:

Genau solche Dinge, die Sie beschreiben, sollten ins Forum (Flucht und Ausreise); Kritiken dieser Art sind ausdrücklich erwünscht! Es geht nicht anders: Wir müssen dem staatlich gelenkten "Aufarbeitungsbetrieb" die Maske vom Gesicht reißen ...

3.6 Am 26.11.2011 dann auf nebenstehende Zeitungsnotiz ein neuer Gesprächsfaden:

Weinberger:

BESCHÄDIGUNGEN: THERAPIE & MEDIEN

Oft und immer wieder erscheinen in den Medien Meldungen – nebenstehende in der FREIEN PRESSE, Chemnitz, vom 15.11. 2011, nach denen die therapeutische Aufarbeitung von aus DDR-Zeit stammenden Beschädigungen dringend erforderlich ist. Merkwürdigerweise geschieht das aber in der Weise, daß für diese Aufarbeitung immer und ausschließlich Institutionen, Institute angepriesen werden, als wäre sie bei ihnen selbstverständlich und ohne jede Frage am besten aufgehoben.

In was die „spezielle Ausbildung“ der (Psycho-)Berater etwa bei der jetzt angeführten Caritas besteht, darüber verlieren die Medien kein Wort. Für Mißbräuche der Psycho-Disziplinen, eine der Weisen der Verfolgung, eine der Ursachen besagter Leiden, haben sich die Institutionen und auch die Caritas seinerzeit nie interessiert. Nur bei ihrer „Aufarbeitung“ sind sie zur Stelle. Können sie dafür doch wieder Spenden aus der Bevölkerung, Unterstützung auch vom Staat einwerben und nebenbei den Komplex der Verfolgung, ihre Gewichtung, ihre Deutung in ihre Obhut nehmen. Erlebten wir über Jahrzehnte, wie gerade die „Psycho-Verfolgung“ von der offiziellen, „institutionellen“ Seite herun-

tergespielt, der Psychiatriemißbrauch gar geleugnet wurden, so ist in dem politisch höchst sensiblen Bereich institutionalisierter Therapie mit besonderer Vorsicht zu begegnen. Die freie Arztwahl, ein

Institut berät Opfer von DDR-Unrecht Hilfe soll seelische Folgen überwinden helfen

SCHWERIN – In Ostdeutschland soll die psychosoziale Beratung für Menschen, die unter den Folgen von erlittenem DDR-Unrecht leiden, ausgebaut werden. Dazu wurde gestern in Schwerin ein Institut für Diktaturfolgen-Beratung gegründet, teilte die Caritas Mecklenburg als Trägerin mit. Mit dem Institut werde eine bereits seit 2004 bestehende dezentrale Beratung an sieben Orten in eine neue Trägerstruktur überführt und ausgebaut.

Die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder (CDU), sagte anlässlich der Gründungsveranstaltung, die Opfer der politischen Verfolgung in der DDR verdienten „Solidarität und Anerkennung“. Viele Opfer litten noch immer unter den Folgen der Haft, vor allem unter Angst, Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen. Verfolgung und Haft hätten Karrieren gestoppt, oft sogar vernichtet.

In Schwerin, Rostock, Rambow (Kreis Mecklenburgische Seenplatte), Zwickau, Erfurt, Magdeburg und Dresden sind nach Angaben der Caritas bereits speziell ausgebildete Berater eingesetzt, um Opfern von Diktatur und Gewaltherrschaft zu helfen. Weitere Angebote dieser Art seien in Leipzig und Suhl geplant. Die Beratung wolle die vielfältigen Formen des Unrechts, die seelischen Verletzungen und gestörten Beziehungen verstehen und heilend zu verändern suchen. (epd)

Grundrecht im sozialen Rechtsstaat, ist da besonders wichtig, wo Folgen staatlicher Übergriffe zur Behandlung anstehen.

Schwere körperliche wie seelische Verletzungen hinterlassen Narben, die oft lebenslanglich bleiben, die, so weiß es auch die Psychiatrie, kein Gerede auflöst, die aber zum Glück in der Regel doch die Möglichkeit nicht versperren, weiter ein sinnvolles, befriedigendes Leben zu führen. Gespräche mit anderen gehören dazu, Gespräche mitunter, aber nicht immer mit „Psycho-Profis“ und schon gar nicht unbedingt mit „Instituten“.

Enttäuschend war für manche schon, daß die Begutachtungen verfolgungsbedingter Beschädigungen mancherorts, etwa in

Thüringen, in die Hände quasi einer Staatspsychiaterin gelangten. Das hat dem Staat wohl manche Entschädigungsleistung erspart. Von staatlichen Geldgebern abhängig, hatten die „offiziellen“ Opferverbände VOS, UOKG etc. daran nichts auszusetzen. Trobisch-Lütge, Leiter der Berliner Beratungsstelle *Gegenwind*, sagt von sich, er habe sich früher „provokant einiger Haltungen der EX-DDR

bedient“. Heute hält er dafür die Positionen der Opfer für „zu einseitig, zu anklagend und moralisch“¹³. Mitunter dringen Klagen über enttäuschende Hilfen derartiger Institute bis ins bayerische Oberland. Hoffen wir, daß die „speziellen Ausbildungen“ der „Caritas-Berater“ besser halten, was sie versprechen, und zumindest deren Herzensbildung den Hilfesuchenden hilft.

Auf den Beitrag fragte am 28.11.2011 **B. Stichler**:

Könnte man... eventuell namentlich erfahren, wer mit " quasi Staatspsychiaterin " gemeint ist?

Weinbergers Antwort darauf vom 30.11 beantwortete manche Reaktionen auch anderer auf unsere Bemühungen:

... Ihre Anfrage verwundert mich etwas. Sie waren Vorsitzender der VOS, als die Psychiaterin Ruth Ebbinghaus und am folgenden Tag dann ich vor Ihrer Delegiertenversammlung in Friedrichroda am 8. und 9. 5.2006 Vorträge hielten, die beide von den Versammelten gut angenommen wurden (RB 1/07,8). Schwierig, so führte Ebbinghaus aus, seien die Begutachtungen von Stasi-Verfolgungsschäden. Mehr oder minder sei sie allein befähigt, sie zu bewältigen. Deshalb auch ihre Berufung zu solcher Tätigkeit durch das Land Thüringen. Meinem Vortrag am nächsten Tag blieb sie fern, ging mir bei der Tagung insgesamt aus dem Weg. Zu einem persönlichen Zusammentreffen, geschweige einem Händedruck oder persönlichen Gespräch kam es nicht.

Die Tagung ging mit einem Beschluß der Versammlung zu Ende, daß bei dem nächsten, für Juni 2006 angesetzten Deutschen Ärztetag in Magdeburg von VOS-Mitgliedern gegen die anpasserischen, Täter-freundlichen Verfahrensweisen der deutschen Ärzteschaft öffentlicher Protest erhoben werden sollte. Um so erstaunter war ich, als am 7.6.2006 per e-mail folgender Bescheid kam.

Sehr geehrter Herr Dr. Weinberger,

Sie können versichert sein, dass es uns nicht leicht fällt, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir gezwungen sind, alle mit Ihnen geplanten Aktivitäten fallen zu lassen. Unser Entschluss, den wir nach gründlichsten Überlegungen schweren Herzens fassen mussten, resultiert aus der Notwendigkeit und der Verpflichtung unseren Mitgliedern gegenüber, stets das Wohl des Verbandes im Auge zu haben. Als Mann vom Fach werden Sie sicherlich unsere Entscheidung nachvollziehen können.

¹³ Trobisch-Lütge St., Das späte Gift, Psychosozial-Verlag Gießen, 2004, S. 18-19, mit einem Vorwort von Marianne Birthler

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Stichler *Hugo Diederich*
Bundesvorsitzender, stellv. Bundesvorsitzender
VOS e.V.

Und Weinberger jetzt weiter an Stichler:

Ihren schweren Herzens damals getroffenen Entschluß verstand ich ohne Schwierigkeit. Erklärte Ihnen die Dame wahrscheinlich doch, daß weitere Zusammenarbeit mit mir die von der VOS benötigten staatlichen Geldzuflüsse gefährde. Entsprechendes wurde ja auch anderen Opfervereinen von „oben“ oder in "oberem" Auftrag ungeschminkt mitgeteilt.

Nähere Gründe für den Rückzug der VOS nannten Sie mir damals nicht. Ich erfuhr nur noch, daß Frau Ebbinghaus in Ihrem Vorstand hinter meinem Rücken erklärte: „*Weinberger oder ich*“. Ich hätte erwartet, daß Ihr Vorstand zumindest auf ein offenes Gespräch zwischen der Fachkollegin und mir gedrungen hätte. Da hätten wir alle mehr über ihre Hintergründe, ihre Motive und speziellen Zugangsmöglichkeiten erfahren können, ihre speziellen Zugänge u.a. zum Thüringer Sozialministerium, das ihr (wohl unter der Bedingung besagten Leugnens) die lukrativen Gutachtensaufträge zuschanzte.

Ebbinghaus entstammt der (Berliner) „Sozialpsychiatrie“. Diese beinhaltet für manche Kranke gewiß eine Bereicherung ihrer eingeschränkten Lebensumstände, gilt aber teilweise bis heute auch als Synonym für rote Psychiatrie. Manche SED-Opfer waren wohl mit der Begutachtung durch E. zufrieden. Nicht zuletzt deshalb bekam auch sie in Friedrichroda Beifall. Die Nicht-Zufriedenen hielten sich zurück.

Bei einem späteren Kongreß der UOKG im Oktober 2009 in Berlin verbreitete die Dame nochmals nachdrücklich, es habe in der DDR keinen systematischen Psychiatriemißbrauch gegeben, dies in Anlehnung natürlich an Dr. Süß. Protest aus dem Publikum ließ sie ungerührt. Von den 21 Mißbrauchsfällen, die allein für das Gebiet Thüringens heute offiziell anerkannt sind - Genaueres weiß man über ihre Leiden in der Psychiatrie der DDR bis heute nicht (s. die Klage Dr. Kochs unter 3.1) -, werden etliche auch bei Frau Ebbinghaus vorstellig geworden sein. Warum hat sie als Ärztin nie wenigstens anonymisiert über sie berichtet?...

Dr. **Koch** stellte bei der Gelegenheit (12.12.11) fest:

... Von der Aussage der Frau Ebbinghaus, es habe in der DDR keinen systematischen Psychiatriemissbrauch gegeben, habe ich mehrfach gehört. Zunächst einmal verstehe ich nicht, wieso eine derartige Behauptung auf linkem Hintergrund entstehen sollte. Psychiatriemissbrauch ist ein Sach-

verhalt, der unabhängig von rechter oder linker Gesinnung anzuerkennen ist.

Stichler stützte am 12.12.11 Ebbinghaus weiter

... Mir ist zwar noch ganz schwach in Erinnerung, daß es da irgendwelche Querelen gab. Aber eines kann ich mit ruhigem Gewissen sagen: Frau Dr. Ebbinghaus hat wirksam geholfen...

Unentwegt kam Stichler auf die Qualität der Gutachten der Frau E. zurück. Weil wir bei Politikern, auch Bundesbeauftragten (s. 3.2) und auch psychiatrischen Kollegen nicht selten erlebten, daß sie auf klare Anfragen glatt daneben antworten, was schon nach Taktik aussieht, traten mehrere Diskutanten Stichler weiter entgegen, zuletzt auch ich.

Weinberger am 14.12.2011:

Der Widerstand gegen politische Psychiatriemißbräuche war immer überparteilich. Fakt ist jedoch auch, daß Kritik an solchen Mißbräuchen, die primär aus der Sowjetunion, nach der Wende auch aus der DDR bekannt wurden, über Jahrzehnte all jene mieden, die sich bei anderen Gelegenheiten selbst links verorteten. Von ihnen wurde oft genug heruntergerissen, mindestens ausgegrenzt, wer solche Kritik erhob. Jüngst wurden einzelne ähnliche Mißbrauchsfälle aus CDU- und CSU-regierten Ländern bekannt – s. 2.3-2.4. Erfreulicherweise kam zu ihnen rasch lebhaftere Kritik, ja helle Empörung auf. Möge die Gegenüberstellung dieser unterschiedlichen Reaktionsweisen allen neu verdeutlichen, daß Mißbräuche der Seelenheilkunde in jedem Fall unvoreingenommene Aufmerksamkeit und - Widerstand fordern.

Weil Ebbinghaus (auch) hilfreiche Gutachten schrieb und manch politisch Verfolgten wohl zur verdienten Entschädigung verhalf, deshalb sollten Sie, Herr Stichler, als ehemaliger VOS-Vorsitzender nicht übersehen, was der Frau sonst noch anhängt, ihr unerhörtes Leugnen systematischer Psychiatriemißbräuche in der DDR, ihr Ausweichen vor einer ernsthaften Diskussion, ihr Desinteresse an den nunmehr nachgewiesenen 21 Mißbrauchsfällen allein auf Thüringer Gebiet etc.

Jetzt aber kam die Erklärung. Offensichtlich wurde die „gute“ Gutachterin Ebbinghaus von oben lanciert, um über die VOS den Opfern den Mund zu stopfen und so all die offiziellen Leugner der Psychiatriemißbräuche in der DDR beim Leugnen zu stützen. Am 15.12.11 schrieb **Stichler**:

*... tauchte plötzlich eine Ärztin auf, die in der Lage war, fundierte Gutachten zu erstellen. Wir bekamen als Vorstand fast täglich die Bitte vorgebracht, unseren leidgeprüften Kameradinnen und Kameraden bei der Begutachtung durch Frau E. behilflich zu sein... **Daß in der DDR der Psychia-***

***triemißbrauch zum Tagesgeschäft gehörte, war allgemein bekannt und bedurfte keiner weiteren Bestätigung (???).** Daran änderte auch die abweichende Haltung von Frau Ebbinghaus nichts. Hier haben wir uns zähneknirschend entschieden, einen Eklat zu vermeiden. Psychiatriemißbrauch in der DDR ist dermaßen bekannt und selbstverständlich, daß es keinerlei Beweisführung mehr bedarf -*

wenn ihn nur trotz allgemeiner Bekanntheit unsere offiziellen Instanzen, der Bundesbeauftragte Jahn, die Ärzteschaft, die Politiker etc. nicht unverdrossen weiter herunterspielten oder leugneten! Hoffnung besteht, daß jetzt zumindest auch die amtierenden Vorstände der Opferverbände die Realität der psychiatrischen Verfolgung in der DDR zur Kenntnis nehmen.

3.7 Schließlich führte Frau Dr. jur. **Heidrun Budde**, Rostock, auf das eigentliche, von der Zeitung eröffnete Thema der Diskussion (3.6) zurück:

... eine Einrichtung mehr, wo Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ihr Schicksal zum x-ten Mal erzählen sollen, dann ein wenig getröstet und mit der Bitte um Vergebung und Versöhnung nach Hause geschickt werden. In einer Zeit, wo ehemalige Stasispitzel in Regierungen sitzen (s. Brandenburg), frei nach dem Motto, du mußt es nur zugeben, dann ist alles nicht so schlimm, wo sich ein Ministerpräsident als „Westimport“ hinstellt und öffentlich verkündet, daß die DDR „kein totaler Unrechtsstaat“ war, da entdeckt man plötzlich wieder das Leid der Opfer. Geht es hier wirklich um sie oder werden nur Geldquellen zur Absicherung von Posten gebraucht?

Es wäre nicht das erste Mal, daß so genannte „Experten des SED-Unrechts“ sehr gut von, aber nur wenig für die Aufarbeitung leben. Wer will es den Opfern verdenken, daß sie dieses scheinheilige Bemühen einfach nicht mehr ertragen können.

3.8 Um gegen die vielen, oft dreisten Flunkereien aufzukommen, die der Aufarbeitung auch, wenn nicht gar besonders des Psychiatriemißbrauchs so oft entgegenstanden und -stehen, ist es nötig, Namen zu nennen. Nur so kann offener, ehrlicher Meinungsaustausch fruchtbar, können Meinungen revidiert werden, kann sich Gegnerschaft auflösen.

Die 2000 Besucher, die Dr. Mayers Webseite täglich aufsuchen – es sind gewiß auch offizielle Aufarbeiter darunter -, geben einige Gewähr, daß die Botschaft an den richtigen Stellen ankommt, diese zumindest erfahren, was viele „unten“ denken. Dies ist ja der große Vorzug des Weltnetzes bei allem, was da auch an Schrott kursiert, daß es breiten, unverstellten Meinungsaustausch über viele Barrieren hinweg ermöglicht.

4. Die seltsame Vermehrung psychisch Kranker und das Bundesverfassungsgericht

Viele Europäer psychisch krank

PARIS. (dpa) Mehr als jeder dritte EU-Bürger leidet mindestens einmal im Jahr an einer psychischen oder neurologischen Störung.

Besonders häufig treten Angsterkrankungen, Depressionen und Schlaflosigkeit auf, ergab die bislang größte Studie zum Thema. „Es gab lange die Annahme, dass psychische und neurologische Störungen das Schicksal einzelner Personen sind. Das ist völlig abwegig“, kommentierte der deutsche Studienleiter Hans-Ulrich Wittchen (TU Dresden) bei der Vorstellung der Ergebnisse in Paris. „Warum sollte das Gehirn, im Gegensatz zum Rest des Körpers, gesünder sein, obwohl es um ein Vielfaches komplexer ist als andere Organe?“

Rechtsgeschichte Jahrbuch 06.09.2011

4.1 Meldungen wie nebenstehende,¹⁴ von einem Mitstreiter aus dem Ruhrgebiet zugesandt, begegnen uns dieser Tage auf allen Märkten und Plätzen. „IG Metall sieht Burn-out als Zeitbombe“, titelte die *ÄrzteZeitung*

vom 28.9.11. Laut *Welt* vom gleichen Datum fordert die Gewerkschaft eine „Anti-Stress-Verordnung“. Bei der „Woche für seelische Gesundheit“ vom 10.10.2011 an beteiligte sich auch das Erzbistum München und Freising. Bei so vielen Menschen sei „der Akku leer. Durchschnittlich ca. 30 Prozent aller Erwerbstätigen sind vom beruflichen ‚Ausbrennen‘ betroffen“, wußte auch der Garmisch-Partenkirchner *Kreisbote*. Selbst die ärztliche, weiterhin von der Pharma-Industrie getragene Fachpresse schlug Alarm^{15,16,17}. Psychisch krank sind nach der Studie Wittchens u.a. jährlich 38,2 Prozent der Bevölkerung¹⁸. Seine Ergebnisse verkündete er auf einem Kongreß des ECNP¹⁹, einer Plattform Big Pharmas.

¹⁴ Dieses Kapitel ist seit Oktober 2011 unter Aktuelles von unserer Webseite abrufbar. Reichlich wurde es von dort bereits abgerufen.

¹⁵ Selbst das Deutsche Ärzteblatt 37/2011 sieht jetzt (Titel) „mehr psychische Erkrankungen“, relativiert sie dann aber auch.

¹⁶ DNP (*Der Neurologe & Psychiater*) 2011, 12 (10).

¹⁷ *ÄP NeurologiePsychiatrie* 5, 2011.

¹⁸ Wittchen H.U. et al., *The size and burden of mental disorders and other disorders of the brain in Europe 2010*, *European Neuropsychopharmacology* (2011), 21, 655-679

¹⁹ *European College of Neuropsychopharmacology*. Der Kongreß hatte über 7000 Teilnehmer. Einer der Referenten war Prof. Möller.

4.2 Ob sie zurechnungsfähig oder unzurechnungsfähig krank sind, ließen die Experten wieder offen, ähnlich auch anderes. Studienleiter Wittchen etwa zeichnet in Fachjournalen, auch auf seiner Homepage mit *Prof. Dr.* und verwischt so seine berufliche Identität, die nämlich eines *Psychologen* (Dr. phil.).²⁰ Wir wollen es nicht Flunkern nennen. Alter Wissensbestand der *Psychiater*, der ursprünglich für besagte Krankheiten zuständigen *Ärzte*, ist, daß die Zahl *schwerer* psychischer Krankheiten von äußeren Gegebenheiten, auch etwa Kriegen mit all ihren physischen und psychischen Verwüstungen, so gut wie unbeeinflusst bleibt²¹. So befanden sich 1974 noch 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Form psychiatrischer Behandlung, 0,3 Prozent in stationärer Behandlung.²²

Wittchens umfängliche Studie kann mit wenigen Sätzen nicht gewürdigt, Auffälliges gleichwohl zu einer ersten Beurteilung herangezogen werden. Über eine entsprechende Aufstellung der WHO von 2008 geht Wittchen bewußt hinaus.²³ In ihr seien manche Störungen unberücksichtigt geblieben, meint er. Auf besagter Plattform der Pharma-Industrie sind Psychologen natürlich willkommen, selbst wenn sie Psychopharmaka selbst nicht verordnen können – sie drängen freilich mit Nachdruck darauf. Ihr Auftritt bei ECNP-Kongressen hilft den Geruch des Pharma-Sponsorings zu verflüchtigen. Bei jedweder Gelegenheit fahren „Psychis“ Horrorzahlen an Behandlungsbedürftigen auf und versuchen damit vor allem ihre Forderungen nach Bezahlung von mehr *Psychotherapie* zu untermauern. Pharmakotherapie reißen sie dabei mitunter gern herunter. Oft freilich stützen sich beide Haupt-Behandlungs- und Absatzmöglichkeiten im Psycho-Bereich, Psycho- und Pharmakotherapie, gegenseitig.

Im Internet werden Wittchens Mitarbeiter am Dresdner TU-Institut Prof. F. Jacobi sowie ein T. Harfst von der Bundespsychotherapeutenkammer genauer.²⁴ Ihre

²⁰ Von den insgesamt 19 an der Studie beteiligten „Experten“ wird von keinem die berufliche Identität genannt. Allem Anschein nach waren / sind die wenigsten *Ärzte*. Sie behaupten am Schluß treuherzig: *None of the authors have conflicts of interest associated with the work reported ...* - während ihre Interessen in die Augen springen.

²¹ z.B. Ewald G., *Neurologie & Psychiatrie*, Urban & Schwarzenberg 1959

²² Die Zahlen wurden 1974 recherchiert und vor dem Deutschen Ärztetag vorgetragen. Die damalige Bundesgesundheitsministerin hielt freilich damals schon 10-12 Prozent der Bevölkerung für psychisch krank.

²³ Unter Berufung auf die WHO gaben die *Nürnberger Nachrichten* eine von Wittchen abweichende Zahl an. Es seien „neun Prozent der Deutschen betroffen“, schrieben sie am 7.10.11 (*Bis zur Diagnose vergehen oft viele Jahre*).

²⁴ Titel: *Psychische Erkrankungen – Erscheinungsformen, Häufigkeit und gesundheitspolitische Bedeutung*.

Angaben, sagen sie, gingen auf den „Bundesgesundheitsurvey“ zurück. „Survey“ (für Überblick) klingt englisch natürlich wissenschaftlicher. Er bzw. ihr Psycho-„Zusatzsurvey“ sei über einen „mehrdimensionalen aggregierten Index“ erstellt worden. „Nationale und internationale Studien“ und „die moderne Klassifikation psychischer Störungen nach ICD-10 und DSM-IV“ stünden hinter ihm. Als vordringlich abzuhelfendem Problem stellen die TU-Psychologen das „bestehende immense Ausmaß an Unter-, Fehl- und Mangelversorgung“ heraus.

4.3 Angsterkrankungen, schreibt Jacobi in DNP⁴, machten den größten Teil der Krankheiten aus. 14 Prozent der Bevölkerung betreffend, wären sie doppelt so häufig wie die nächst folgenden Schlafstörungen. Bei beiden ist nur besonders unklar, in welchem Umfang es sich überhaupt um Krankheiten handelt – um diese begriffliche Hürde zu umgehen und weiter auszugreifen²⁵, sprechen Psychologen und Psychiater, „Psychis“ eben, heute gern von „Störungen“ -, unklar auch, in welchem Umfang Angst, Schlafstörungen - in eher seltenen Fällen sind sie gewiß krankhaft²⁶ - zum Menschenleben und seiner Grundausstattung dazugehören. Daß besagte Psychologen auch *neurologische* Erkrankungen, mit denen sie an sich gar nichts zu tun haben, hier ihrem „Zusatz-Survey“ zuschlügen, sei am Rand noch bemerkt.

Jacobi und Harfst schreiben am Schluß jedoch selbst, daß sich aus ihren Untersuchungen „keine Hinweise auf eine dramatische Zunahme psychischer Störungen ableiten“ ließen. Sie weisen auch selbst darauf hin, daß viele Krankschreibungen und Berentungen, die heute unter „Psycho-Diagnosen“ laufen, gestern als „Rückenschmerzen“ u.ä. rangierten. Die viele Propaganda, das Hochkochen angeblicher psychischer Ursachen für alle möglichen ursächlich unklaren Gebrechen haben halt bei den Leidenden wie bei den Ärzten Eindruck hinterlassen. Ob sie mit den psychischen Etikettierungen stimmiger verbucht und besser **geheilt** werden, ist erst recht unklar. „Von einem realen Anstieg (psychischer Erkrankungen) gehen wir eher nicht aus“, sagt laut Deutschem Ärzteblatt 37/11 der Vertreter der Deutschen Rentenversicherung (DRV Bund).

Wittchen, Jacobi & Co. klotzen gleichwohl weiter. Psychologen (und „Big Pharma“) zeigen den Psychiatern nur zu gern, was psychische Krankheiten

²⁵ Auch auf Europa greifen „Psychis“ heute oft aus – die Gründe durchsichtig (s. RB 1/11,2.6).

²⁶ Die Angst-Störungen blieben in der Psychiatrie lange unterbelichtet. Hier haben Psychologen originäre Beiträge zur Seelenheilkunde beigetragen. Ihre jetzigen Zahlenangaben leben gleichwohl von der unscharfen Abgrenzung zwischen „Normalem“ und Krankhaftem.

sind und wie sie „richtig“ festgestellt und behandelt werden. Entscheidend wurden Psychologen, Nicht-Ärzte, mit der Psychiatrie-Enquête (1970-75) von den Politikern in die Krankenversorgung gedrückt. Freilich sind auch viele Psychiater so selbstlos nicht, daß sie alltägliche Befindlichkeiten und Regungen nicht selbst gern als dringend therapiebedürftig ausgeben, Verstimmungen, Angst, Verhaltens- oder sexuelle Störungen, die oft spontan verschwinden, weil sie gar keine Krankheiten sind, oder nicht verschwinden, weil sie wie etwa die Pädophilie von Kinderschändern weder pharmako- noch psychotherapeutisch (erfolgreich) therapierbar sind²⁷ - auch dem Erzbistum München und Freising zur Kenntnis.²⁸

„Für fast alle der zwanzig Erkrankungen“, die Jacobi und Harfst aufführen, ja „auch über die psychischen Störungen hinaus“ gebe es, beteuern sie, „klinisch-psychologische bzw. verhaltensmedizinische Interventionen, die sich... als effektiv erwiesen haben“. Solche „Interventionen“ laufen gemeinhin unter „Psychotherapie“. Sie wird hierzulande größtenteils von Psychologen erbracht, meist zwar nicht als „Verhaltenstherapie“ - die schieben sie eher als Alibi vor -, sondern als Psychoanalyse oder „psychoanalytisch orientierte Psychotherapie“. Diese Verfahren sind heute ihre hauptsächlichste Einnahmequelle. Freilich glauben auch viele Ärzte, Psychiater an sie. Alle „Psychis“ bekommen die Verfahren heute ja gut bezahlt (vgl. 3.7).

4.4 Nur wenige Psychiater behielten dabei einen klaren Kopf oder gewannen ihn zurück. Ernüchtert stellte kürzlich etwa der Freiburger Psychiatrie-Ordinarius Mathias Berger fest: „...*Es war eine erhebliche Naivität notwendig, zu übersehen, daß nicht nur in der Pharmaindustrie finanzielle Interessen die Publikationspolitik entscheidend mitbestimmen. Auch Psychotherapieforscher und -gesellschaften sind in Gefahr, von finanziellen Interessen geleitet zu werden. Allein in Deutschland werden 1,3 Milliarden Euro pro Jahr für Psychotherapie ausgegeben. Der Löwenanteil fällt auf die Psychoanalyse, für die es so gut wie keine randomisiert-kontrollierten Studien nach Kriterien evidenzbasierter Medizin (EBM) gibt*“²⁹, auf deutsch für die überhaupt kein therapeuti-

²⁷ „Die sexuelle Präferenzstruktur des Menschen manifestiert sich grundsätzlich im jugendlichen Alter und bleibt dann lebenslang unverändert bestehen.“ So Prof. Klaus M. Beier, Charité Berlin, IN/FO Neurologie & Psychiatrie 2011; Vol 13

²⁸ Oder sollen therapierte, daraufhin rückfällige Priester wie kürzlich in Bad Tölz wieder als *Kinderschänder* in der Messe ausgerufen werden? Steht Kirche nicht an, Wunderwirkungen eher von Gott als der Psychotherapie zu erwarten?

²⁹ Berger M., *Gleiche EBM-Meßlatte für Psycho- und Pharmakotherapie*, IN/FONeurologie & Psychiatrie 7-8/2011. Sollten jetzt nicht auch andere Psychiatrie-Ordinarien, ja die letztlich mitverantwortliche Ärzteschaft allmählich von ihren Freudschen Phantastereien lassen? Das ärzt-

scher Nutzwert ausgewiesen ist, nichts „*sich als effektiv erwiesen hat*“.

Daß „*Big Pharma*“ die Zahl der Kranken hochzuschrauben versucht, löst oft schon ein Kichern aus (vgl. Holsboer, RB 1/11, Fn2). Immerhin zeitigen manche *ihrer* Mittel bei manchen schweren psychischen Krankheiten überzeugende Heilwirkung. Wenn aber Psychologen, deren Hauptmethode, die **Psychoanalyse, letztlich als Humbug ausgewiesen ist, mehr Therapie fordern**, dabei Verhaltenstherapie (das eine) sagen und Psychoanalyse (das andere) praktizieren und abrechnen und die Nebenwirkungen, die in verschiedenen Weisen *allen* „Psycho-Interventionen“ anhaften, ausklammern, dann nehmen sich ihre Proklamationen von „*immensen Ausmaßen an Unter-, Fehl- und Mangelversorgung*“ samt abgeleiteten Folgerungen, Forderungen schon dreist aus.³⁰

Im Spektrum zwischen Endo- und Exogenem, Angeborenem, Charakterlichem und Krankhaftem, damit (eher) Heilbarem, rückte in den vergangenen Jahrzehnten vieles hin zu letzterem Pol. Oft an der Grenze zur Utopie, deshalb nie dem Parteienstreit entrückt, wird die Entwicklung weithin als Fortschritt, als Humanisierung der sozialen Verhältnisse genommen. Utopie oder nicht, werden die wesentlich beteiligten Psychologen deshalb politisch gestützt an den mitunter skeptischeren Ärzten vorbei. Auch die haltlosen Proklamationen o.g. Dresdner TU-Psychis kommen an, weil der Westen weithin vom Aberglauben an die Wunderkraft der Psychologie und ihrer therapeutischen Möglichkeiten erfüllt ist. Die Kehrseiten werden nicht zuletzt im forensischen Bereich offenkundig.

4.5 Am 6.10.2011 schilderte bei ARD-Beckmann einer, der fälschlich der Vergewaltigung angeklagt und verurteilt worden war und über fünf Jahre Haft abzusitzen hatte, es seien ihm Lockerungen versagt geblieben, weil er die ihm von Psychologen aufgedrängte (Sexual-) Therapie verweigerte. Ein Eingehen auf sie hätte bedeutet, ein Verbrechen einzuge-

liche Gespräch mit Hilfesuchenden würde dadurch nur hilfreicher werden.

³⁰ In einer gemeinsamen Erklärung traten diesmal auch die psychiatrische Fachgesellschaft DGPPN und Berufsverbände dem auch im ZDF verbreiteten Eindruck entgegen, es ließe sich „*die Versorgungssituation psychisch Kranker durch Erhöhung der Zahl psychologischer Psychotherapeuten entscheidend verbessern*“ (NeuroTransmitter 9/2011), wovon in den allgemeinen Medien wieder nichts erschien. Das Dilemma ist, daß lange Gespräche in der Behandlung psychisch Kranker oft unumgänglich anfallen, ihre therapeutische Wirksamkeit dabei aber meist nicht direkt nachweisbar ist. In der Psychiatrie stehen Gespräche - Patienten empfinden sie häufig als nicht lang genug – in der Regel immerhin in einem als therapeutisch wirksam ausgewiesenen Gesamtkonzept.

stehen, das er nicht begangen hatte. Sollen auch auf solche Weise psychisch Kranke vermehrt werden?

In der gleichen Situation befindet sich Gustl F. Mollath, dessen Fall in Einzelnen im GEP-Rundbrief 1/11,4 ausgebreitet worden ist. Auch hier wurden Lockerungen, evt. gar eine Entlassung von seinem Eingehen auf Psychotherapie, damit aber von seinem Eingeständnis von Delikten abhängig gemacht, die ihm höchst wahrscheinlich nur angehängt wurden. Das Vorgehen läuft letztlich auf Erpressung hinaus. Will Psychotherapie hier das erreichen, was früher Folter versuchte? Hinter dem Glauben an ihre Wirkkraft oder dessen Vorschützen verbergen sich verschiedenste Interessen, oft auch krumme politische Kalküle.³¹ Wenn die noch nicht ansatzweise diskutierte Behauptung, mehr als jeder dritte Europäer sei psychisch krank, ausreicht, vollmundig „mehr (Psycho-)Therapie“ verlangen zu können, dann kümmert es auch wenig, wenn etwa einem Gustl Mollath ebenso großzügig eine falsche Diagnose aufgedrückt wird und er mit ihr im Irrenhaus verschwindet.

Der materialistisch fixierte **Glaube³² an die grenzenlose Wunderkraft der „Seelenheilkunde“**, der Psychiatrie, mehr noch der Psychologie, Psychotherapie, schmückt sich, so gemischt die Ergebnisse oft sind, mit dem Glorienschein der Humanität. Der Aberglaube reicht bis in höchste medizinische, mediale, juristische und politische Kreise. Mit einem Drehen von „Psycho-Rädchen“ an der „*Maschine Mensch*“ (LaMettrie) glauben unsere Psychotechniker, Psychiater, Psychologen, Juristen, Zeitungsschreiber und Politiker den „neuen“, den perfekten Menschen ihrer Wunschvorstellung produzieren zu können. Stehen die Ausführungen der Psychologen von der Technischen Universität Dresden hier auch auf einer Stufe mit denen der Neuropsychopharmakologen und der Pharmaindustrie, so sind andererseits die Leistungen *vieler* ihrer Kollegen auch anzuerkennen. Pauschalurteile wären wie immer falsch. Sich und ihre Familien ernähren müssen Psychologen außerdem, wenn sie an Universitäten schon in Massen herangezogen werden. Nur sollten wir die entstehenden Probleme für die Allgemeinheit nicht verdrängen. Dogmatische und sonst-

³¹ Mit der vorgeschützten „*Notwendigkeit einer Verbesserung der Hilfen für den psychisch Kranken, Behinderten und Gefährdeten*“, die allein zu verfolgen ihr aufgegeben sei, drückte sich die deutsche Psychiater-Fachgesellschaft (www.psychiatrie-und-ethik.de: Webseite GEP > Rundbriefe > Vorläufer > Der Nervenarzt) 1972 um eine Stellungnahme zum Psychiatriemißbrauch in der Sowjetunion.

³² Wir griffen ihn schon zu Beginn unserer Arbeit in unserem Rundbrief 3/77 auf mit dem Aufruf des russischen Mathematikers Prof. Igor Schafarewitsch, eines Freundes von A. Sacharow. Schafarewitsch protestiert da gegen die Verhaftung des jüdischen Bürgerrechtlers Alexander Podrabinek, eines der gewichtigen Widerständler gegen die Psychiatrie-Mißbrauchspraxis in der damaligen Sowjetunion.

wie interessensgeleitete Überspitzungen sind es, die aus der in ihrer Effizienz selten bestimmbaren, noch weniger vorhersehbaren und doch mitunter notwendigen, sinnvollen Psychotherapie vollends einen grotesken Popanz machen.

Sei sich zudem jedermann bewußt: „*Klinisch-psychologische bzw. verhaltensmedizinische Interventionen*“ beinhalten **wie sonstig psychologische und psychiatrische Behandlungen** nicht selten in Intimste gehende Kontrollen und Stigmatisierungen. Anti-Stigmakampagnen, die viele Psycho-Gesellschaften betreiben, ändern daran wenig. Aus allen Psycho-Interventionen können u.U. üble **Eingriffe in Persönlichkeitsbelange** resultieren. Sie sind bei Schwerkranken mitunter unumgänglich. **Jede ungehörliche Ausweitung der Indikationsbereiche bedroht aber gerade darum den Menschen und das Menschliche.**

4.6 Zum Glück gibt es auch Gegenläufiges. Am 15.4. und nochmals am 12.10.2011 sprach **das Bundesverfassungsgericht** richtungsweisende Urteile³³ zur Behandlung im Maßregelvollzug (www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20111012_2bvr063311.html). Es stellte u.a. fest:

„... In Deutschland existieren, nachdem von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) in den neunziger Jahren initiierte Versuche zur Etablierung medizinischer Standards für Zwangsbehandlungen nicht zu einem Ergebnis geführt haben..., keine medizinischen Standards für psychiatrische Zwangsbehandlungen, aus denen mit der notwendigen Deutlichkeit hervorgeht, daß Zwangsbehandlungen mit dem Ziel, den Untergebrachten entlassungsfähig zu machen, ausschließlich im Fall krankheitsbedingter Einsichtsunfähigkeit zulässig sind. Daß dementsprechend ein Bewußtsein hierfür in den medizinischen und juristischen Fachkreisen noch nicht allgemein verbreitet und eine gesetzliche Regelung, wie im Beschluß des Senats vom 23. März 2011 festgestellt, unverzichtbar ist, illustriert nicht zuletzt der vorliegende Fall (eines

³³ Über sie frohlockten zu Recht auch „Antipsychiater“ wie das weit links rangierende Werner-Fuß-Zentrum in Berlin. Trotz oft maßloser Polemiken genießen sie staatliche Förderung. Als Antipsychiater wirk(t)en auch Scientology und ihre Tochter KVPM. Sie leugnen psychische Krankheiten, vor allem aber psychopharmakologische Heilerfolge, die gerade vielen psychisch Schwerkranken zugute kommen. An den kommunistischen Psychiatriemißbräuchen hatte die Antipsychiater nie etwas auszusetzen. Heute sind freilich auch Spitzenvertreter der APA mit alten DDR-Psycho-Funktionären einig (RB 1/11,2.5-6). Von der KVPM ließ sich beim letzten großen Kongreß der DGPPN in Berlin (RB 1/11, 2.3) deren Ex-Präsident Prof. Schneider auszeichnen.

Sexualstraftäters), *in dem weder die Klinik noch die Fachgerichte sich mit der Frage, ob beim Beschwerdeführer eine krankheitsbedingte Unfähigkeit zur Einsicht in die Notwendigkeit der Behandlung besteht, auch nur ansatzweise auseinandergesetzt haben. Die bloße Feststellung einer Persönlichkeitsstörung beantwortet diese Frage nicht...*“

Die Urteile beziehen sich auf jegliche Therapie, nicht nur auf die medikamentöse, wie sie in dem Fall vorgeesehen war. Das Urteil bekräftigte einen von vielen, insbesondere vielen Behandlern zuletzt vergessenen Grundsatz, der nicht nur für den Maßregelvollzug gilt: **Eine Behandlung muß Erfolg versprechen und muß verhältnismäßig sein.**

Das Urteil war wohl eine schallende Ohrfeige für die deutsche Psychiater-Fachgesellschaft, die sie „führenden Autoritäten“ (RB1/11,2.6) und die sie stützende Ärzte- und Psychologenschaft, ebenso freilich für Teile der Gerichtsbarkeit und der politischen Klasse. Kritiklos wie alles von „Therapie“ schwärmte und die oft hinter ihr stehenden Interessen und die aus ihr hervorstechenden Gefährdungen des Einzelnen wie der Gesellschaft ignorierte, war der Paukenschlag fällig.

Die Urteile beziehen sich nicht auf „Krankheitsuneinsichtige“, denen „Einsicht“ abgeht, weil sie gar nicht krank sind, ihnen in sträflicher Weise eine Krankheit nur angehängt worden ist. In o.g. Fällen (u.a. wohl dem von G. Mollath) greifen andere Bestimmungen. Ebenso wäre noch zu klären, inwieweit die Angebote und die Bewerbung von „Therapie“, für die keine therapeutische Effizienz, dafür aber Nebenwirkungen ausgewiesen sind, nicht den Tatbestand des Betrugs erfüllen.

4.7 Aus Zuschriften, die auf die e-mail-Vor-Ausendung obigen Textes bereits eingegangen sind:

... aus juristischer Sicht hat das BVerfG hier mal Klartext gesprochen und die „Wunderheiler“ ausgebremst. Das ist ermutigend. Die Zwangsbehandlung von angeblichen Straftätern, deren Straffälligkeit höchst zweifelhaft ist, erinnert mich an stalinistische Zeiten. Ihre H. B.

... Während der Gesundheitskuchen immer kleinere Brötchen backen muß, scheuen sich Gruppeninteressen nicht, sich ein immer größeres Stück aus diesem Kuchen herauszuschneiden, indem entsprechende Horrorszenarien verbreitet werden...

Herzliche Grüße eh

...Dank für Ihre Stellungnahme... Es ist wunderbar, daß die neue Technik (e-mail) jetzt solche Informationsübermittlung möglich macht.

Herzlich Ihr R. G.

5. „Ob ein Straftäter eine psychische Störung hat, definieren Richter“

5.1 Neben besagten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts sind von der Psychiatrie noch ein anderes Urteil und ein darauf stützendes neues Bundesgesetz zu verdauen. Nachdem der **Europäische Gerichtshof** am 17.12.2009 das System der deutschen Sicherungsverwahrung gerügt hat, verabschiedete der Gesetzgeber am 2.12.2010 das neue *Therapieunterbringungsgesetz (ThUG)*. Neben der Trennung von Strafvollzug und Sicherungsverwahrung intendiert es, dem Täter nach Verbüßung der Strafe durch Therapie – Glaube an ihre Wunderwirkungen vielleicht auch hier - die Chance auf Wiedererlangung der Freiheit geben.³⁴ Unter dieser Grundausrichtung läßt das ThUG die Sicherungsverwahrung eines als dauerhaft gefährlich eingeschätzten Gewalttäters nur zu, wenn ihm ein „*unsound mind*“, eine „*psychische Störung*“ anhaftet bzw. zuerkannt ist. Die Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger nannte das ThUG ein „*Gesetz aus einem Guß*“, das die Sicherheitsorgen der Bevölkerung voll berücksichtige. Infolge des Gesetzes muß, da es nun einmal auch voll verantwortliche, nicht im psychiatrischen Sinn kranke Gewohnheits-, Überzeugungs- und sonstige Verbrecher gibt, bei solchen Leuten eine „*psychische Störung*“ von Richtern attestiert werden, um die Allgemeinheit vor ihnen zu schützen. Wir hörten, wie ausufernd schon viele Psychiater psychische Störungen diagnostizieren und um wie viel freizügiger damit noch Psychologen umgehen. Nun sieht es so aus, als würden, ja müßten demnächst Richter noch „eins draufsetzen“ und ihrerseits „psychische Störungen“ definieren, diagnostizieren und verfügen (in wohl eher begrenzter Zahl).

Auf die Rüffel hin, die das Bundesverfassungsgericht bei der Neuregelung der Sicherungsverwahrung der deutschen Psychiaterfachgesellschaft DGPPN verpaßt hat (4.6), ist verständlich, daß deren Vertreter maulen. So tauchen in Psychiatergazetten jetzt Schlagzeilen wie oben angeführte³⁵ auf. Beklagt wird, das Gericht habe die „*seit Jahrzehnten bewährten psychiatrischen Begriffe beschädigt*.“ Der DGPPN entfuhr gar der sonst, weil sie mittreffend, peinlich gemiedene Begriff „*Mißbrauch der Psychiatrie*“.³⁶

³⁴ Viel Wirbel gab es da. Hamburgs Innensenator Neumann mutmaßte, die Ministerin wolle „*die Sicherheit von Frauen und Kindern*“ aufs Spiel setzen. Und der bayerische Innenminister Herrmann sprach von einem „*Wohlfühlprogramm für Vergewaltiger und Kinderschänder*.“

³⁵ Müller J., IN/FO Neurologie & Psychiatrie 11/2001

³⁶ Falkai P., O. Grubert, T. Nessler, *Zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung*, DER NERVENARZT 11/2011

5.2 Im Fall Gustl Mollath - vieles ist an ihm noch ungeklärt - kulminiert zur Zeit die Auseinandersetzung um den Psychiatriemißbrauch, über dem wir seit nunmehr dreieinhalb Jahrzehnten mit dem „Establishment“ rangeln. Mitunter scheint es, als sei es an fortbestehenden Mißbrauchsmöglichkeiten interessiert.

Als wir Psychiatriemißbräuche in der Sowjetunion und dann in der DDR anzeigten, „konnten“ das viele mit deren räumlicher und zeitlicher Distanz abtun. Jetzt ist vielen im Land klar: Wenn es im Fall Mollath einen solchen Mißbrauch gab und gibt, dann sind tatsächlich alle von ihm bedroht. Entsprechend das Echo.

Die Debatte im Bayerischen Landtag (2.4.4) zeigte die Fülle und die Art der Widerstände, die gegen eine öffentliche Behandlung dieser Vorgänge auf hoher Ebene fast reflektorisch aufkommen. Da werden auch Verleumdungen und Fälschungen nicht ausgelassen. Immerhin aber stimmte der Landtag fraktionsübergreifend dem Antrag zu, den Fall im Rechtsausschuß weiter zu behandeln. Dort soll die Staatsregierung berichten, wie die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth - Gerichtsurteile sind parlamentarischer Kritik enthoben - mit Mollaths Strafanzeigen umgegangen ist. Gewiß wird bei der Gelegenheit auch **die Verhältnismäßigkeit seines jetzt sechs-jährigen Freiheitsverlustes** zur Sprache kommen.

Daß die Angelegenheit hinter verschlossenen Türen verschwindet, ist nicht mehr zu erwarten. Auch hat der Umgang der Medien mit dem Thema, der ARD wie mehrerer Zeitungen, die schon angewachsene Befürchtung zerstreut, für das so auf Öffentlichkeit angewiesene Thema des Psychiatriemißbrauchs sei bei ihnen Interesse nicht mehr erweckbar. Auch nachdem sie es im Fall Mollath jetzt nachdrücklich in die Öffentlichkeit gebracht haben, ist **die Psychiatrie als Mitbeteiligte an diesem Skandal, ja als eigentliches Agens noch nicht wirklich in die Kritik gekommen**. Die im Fach selbst liegenden „Bereitschaften“ zu Mißbräuchen,³⁷ u.a. die verbreiteten Vorspiegelungen wissenschaftlich gesicherter Befunde, die auch in

³⁷ Sie sind natürlich kein vorrangiges Thema für die Öffentlichkeit. Daß sie in ihrer Problematik aber in der Fachwelt wirklich ausdiskutiert und dargestellt werden, das kritisch mit zu verfolgen, war immer eine unserer Aufgaben und wird es für einen Kreis bleiben, der Psychiatriemißbräuchen über Mollath hinaus ernsthaft wehren will. Es geht auf die Dauer nicht an, daß etwa Doktrinen oder auch diagnostische Klassifikationen wie das DSM, die ICD ob ihres Aufbaues von einzelnen „*renommierten Psychiatern*“ (RB 1/11, Fn 2) zu Recht „*so was Blödes*“ geheißen werden können, nach ihnen gestellte Diagnosen aber von Richtern als felsenfest begründet verhängt und von Politikern wie der bayerischen Justizministerin Dr. Merk als solcher herausgehängt werden.

ICD-Zeiten (RB 1/11, 3.4) fortbestehende Biegsamkeit, ja Fragwürdigkeit wesentlicher diagnostischer Begriffe und der ihnen unterliegenden Doktrinen sind unberührt geblieben.³⁸ Das sind freilich Probleme, die nicht an einem Ort und nicht in einem Aufwasch zu lösen sind. Gegenwärtig bleibe das an einen Untergebrachten gerichtete Wort von Rechtsanwalt Bossi, „daß Sie im Maßregelvollzug rechtlich ohne jede Hilfe und ausschließlich auf die Beurteilung der Ärzte angewiesen sind“ (RB 1/11, 4). Möge das nicht zuletzt die Unterstüztzer solch Untergebrachter bestärken, anhaltende Aufmerksamkeit nicht nur der juristischen Seite³⁹ solcher Unterbringung, sondern auch der psychiatrisch-psychologischen zuzuwenden.

Für einen „glücklichen“ Ausgang des Falles Mollath wie ähnlicher Fälle ist auch im Hinblick auf eine Vorbeugung von Psychiatriemißbräuchen immer noch entscheidend, daß unabhängige, kompetente, engagierte Menschen sich seiner, ihrer annehmen und dabei nicht zu kurz greifen. Wenn damit ein bißchen Ehrlichkeit mehr in das Fach käme und die heute dort verbreiteten Schönfärbereien zurückdrängte, wäre nicht zuletzt den in ihm Tätigen gedient. In Vorbereitung sind im Fall Mollath jetzt eine Klage beim Bundesverfassungsgericht sowie Anträge auf ein Wiederaufnahmeverfahren.

5.3 Nach jetzt 35-jähriger Tätigkeit für die Ziele des Vereins sind seine Sprecher in die Jahre gekommen. Die Stabübergabe wird in nicht allzu ferner Zukunft notwendig werden. Nun ist gerade über dem Fall Mollath so viel Engagement hervorragender Persönlichkeiten in die Sache neu eingeflossen, daß unsere Arbeit – Prof. von Baeyer hat sie mit dem Fall Weigand schon in den 1960er Jahren, also lang vor der eigentlichen Gründung unserer Vereinigung, aufgenommen (RB 1/10,2.11) -, daß sie gute Chancen hat, auch in Zukunft fortgesetzt zu werden. Wie sie dann im Einzelnen aussehen wird,

³⁸ Wie fragwürdig, wie umstritten ist allein die Diagnose der „querulatorischen Persönlichkeitsstörung“ (ICD: F-60.0), die bei Gericht oft genug ausgespielt wird?

³⁹ *„Ich war von 1973 bis 2004 Richter am Landgericht Stuttgart und habe in dieser Zeit ebenso unglaubliche wie unzählige, vom System organisierte Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen erlebt, gegen die nicht anzukommen war/ist, weil sie systemkonform sind. Ich habe unzählige Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erleben müssen, die man schlicht 'kriminell' nennen kann. Sie waren/sind aber sakrosankt, weil sie per Ordre de Mufti gehandelt haben oder vom System gedeckt wurden ... In der Justiz gegen solche Kollegen vorzugehen, ist nicht möglich, denn das System schützt sich vor einem Outing selbst - durch konsequente Manipulation. Wenn ich an meinen Beruf zurückdenke (ich bin im Ruhestand), dann überkommt mich ein tiefer Ekel vor meinesgleichen.“* Frank Fahsel, Fellbach, in der *Süddeutschen Zeitung* vom 9. April 2008.

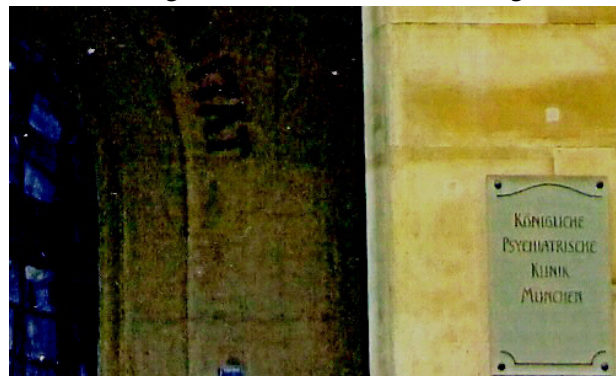
ob sie etwa in dem Rahmen bleibt, in dem wir sie mit breiter Verbindung zu angrenzenden wissenschaftlichen Fragestellungen leisteten, das werden einmal unsere Nachfolger bestimmen. Wie notwendig eine breit angelegte kritische Behandlung des Psychiatriemißbrauchs fernab von antipsychiatrischen Abwegen ist, unterstreicht der Fall Mollath gewiß.

Die Widerstände, die auch unseren Nachfolgern sicher sind, werden die Gratwanderung zwischen der Antipsychiatrie mit ihren Übertreibungen und der „Staatspsychiatrie“ mit ihrer Neigung zu Untertreibungen und Glättungen aller Übergriffe nicht leichter machen. Die Verteidigung der Mißbrauchsoffer wird das Kernanliegen bleiben. So sehr Fachkompetenz dabei wichtig ist, können auch Nicht-Psychiater in unserer Gesellschaft, gegebenenfalls auch einer neuen, anderen geordneten, die Führungsrolle übernehmen. Juristisches Wissen, Denk- und Ausdrucksvermögen, vor allem aber Herzblut für die betroffenen Menschen sind gewiß ebenso wichtige, vielleicht gar noch wichtigere Eigenschaften, die es da braucht.

5.4 Folgend zwei Klinikschilder. Das erste sprang, wie's der Zufall wollte, in Pesaro an der italienischen Adria an einem großen, heruntergekommenen, offensichtlich auch nicht mehr in Betrieb befindlichen Gebäudekomplex ins Auge.



Das zweite Schild prangt am Eingang zur Psychiatrischen Universitätsklinik München. Hier scheint zum Schmuck des heutigen Klinik-Direktors die Zeit gar 1918 stehen geblieben zu sein. Das „Königliche“ be-



sonders sinnig, da sich hier schon einer der prominentesten Mißbrauchsfälle zutrug, die Psychiatrisierung König Ludwigs II. von Bayern 1886, einer der Mißbräuche des Fachs, die auch heute (2.2) hier locker durchgehen.

6. Summary

GEP's new Bulletin (Rundbrief 1/12) reports on some favourable and some disadvantageous developments in (German) psychiatry. The fact that some prominent colleagues have distanced themselves from psychoanalysis recently - of course, it continues to be the most widely practiced psychotherapeutic method in this country⁴⁰ - may be a sign of growing rationality in this field. We thought we could further this development by promoting the International Network of Freud Critics (INFC) and have seen some moderate effects, so far.

However, we have to report on rather unpleasant events, too, new psychiatric abuses in our democratic country beside the „old“ examples of such abuses in its former communist part, the GDR. A lot of scientific and political bodies prefer to play them down similarly to what their predecessors did with Nazi crimes before.

Anyhow, these latest malpractices⁴¹ have been brought to public attention by the media, the TV and different journals, in recent weeks and months. The public echo on one of them (the case of Gustl Mollath – Rundbrief 1/11) is exceeding all former reports on scandals in this field and it seems to be only the beginning. Everybody understands that what has happened to Mollath may happen to anyone, since the cooperation of juridical, psychiatric and political bodies has been so complete that all public interest and the increasing help Mollath is receiving from supporters have not succeed in setting him free.

⁴⁰ In *Ethics in Psychiatry – European Contributions*, Springer 2010, e-ISBN 978-90-481-8721-8, page 286, they speak of “rather limited psychoanalytically reasoned treatment methods with appropriate proof of effectiveness”, without saying why “rather limited methods” should be more effective than full-scale Freudian procedures, the efficacy of which is zero.

⁴¹ In our latest Rundbrief 1/11 we have reported already on the case of a businessman whose international trading enterprise for precious carpets in Munich has been ruined by a highly ranking representative of international psychiatry. We have presented the case of four public servants, investigators of tax evasion dismissed from their employment by a psychiatrist obviously on instigation of political superiors. Gustl Mollath (see above) who is interned in a forensic ward since almost six years has been examined by me (W) and by another experienced colleague and has been found in good mental health, the sentence against him being a charade. And there have been other well documented cases of psychiatric malpractice or even abuse, as well. We regard such incidents resulting from “*The Autistic-Undisciplined Thinking in Medicine*” & psychiatry (Eugen Bleuler) and regard the acceptance of psychoanalysis as another example of this.

Not only personal responsibilities are at stake in this and similar cases of medical malpractice but also proneness to the latter inside the structure and the (to some extent pseudo-) scientific content of modern psychiatry and psychotherapy itself. If you look only to the modern classification systems like DSM and ICD and consider *Personality Disorders* like the *Paranoid Personality Disorder* including the *Querulous Personality Disorder* (ICD-10: F 60.0) you must not be astonished that it is implemented frequently since its definition is so vague that it can be attributed to almost all opponents. It has also impacted on some of the above mentioned men and women and has ruined their professional careers by its excessive pretensions. APA's DSM-V is promising still more of such scientific inconsistencies.

All this seems to represent Western “reformed” psychiatry with its new diagnostic “reliability” and its “more human” dealing with sufferers. It shows its “superiority” to former psychiatric schemes, especially to Soviet ones. Another result of this psychiatric reform mostly instigated by some self-proclaimed “*leading authorities in this field*”⁴² (or their political masters) seems to be the increasing numbers of psychiatric sufferers reported worldwide.

We subscribing psychiatrists began our professional work in the 1960s, and our fighting against new politically instigated incursions into psychiatric ethics has been faced with numerous distortions and deceptions over the years. Recently, we learned that even some leaders of American psychiatry whom we had appreciated as allies for many years concur with communist collaborators of the former secret police of the GDR (Stasi) now (see summary of GEP's Rundbrief 1/11). Of course, the political camps of former days are intermingled and blurred, today. But there is still a frontier between right and wrong. And psychiatric abuse once being centred in communist countries but now being met even in our midst will always be recognized as one of the most malicious attacks on man.

Seeing the unbiased new attentiveness for the mentioned new cases of psychiatric abuses we are confident that the fight will be continued as long as they continue to occur. Psychiatry that has gone astray often enough has found and will find its way back to enduring ethical standards. Reasonable criticism from outside and inside will help.

Dr. med. Friedrich Weinberger
President, GEP

Prof. Dr. med. Klemens Dieckhoefer
Vice President, GEP

⁴² *Ethics in Psychiatry* - page 548

Unter www.psychiatrie-und-ethik.de

kommen Sie im Internet auf die Webseite des
INTERNATIONALEN NETZWERKS DER
FREUD-KRITIKER (INFC)
wie auch die der GEP. Hier sind auch viele
unserer früheren Rundbriefe einsehbar, damit
auch die Original-Ausführungen, auf die in
vorstehendem Text öfters zurückverwiesen wird.

Unsere Gesellschaft hängt von der Unterstützung
ihrer Mitglieder und Freunde ab, von denen
manche ihr seit fast dreieinhalb Jahrzehnten angehören,
andere auch erst in jüngerer Zeit hinzugekommen sind.
Nur durch ihre Unterstützung konnte und kann die schwierige
Arbeit der GEP für Gesunde und Kranke,
für die Achtung menschlichen Geistes, menschlicher Würde
und einer auf Freiheit und Verantwortung basierenden Gesellschaft
über die Jahre wahrgenommen werden.

Für ihre Unterstützung dankend,
bitten wir unsere Mitglieder und Freunde, sie uns weiter zu erhalten.
Durch sie wie die ehrenamtliche Tätigkeit der Vorstandsmitglieder
kann der Rundbrief auch an Nicht-Mitglieder versandt werden, die
mit der Psychiatrie zu tun oder

Interesse für die menschenrechtlichen Probleme in ihr oder
für Probleme der ärztlichen Ethik allgemein bekundet haben oder
bei denen auf Grund ihrer beruflichen Stellung
solches Interesse vorauszusetzen ist.

Durch sie ist auch der Unterhalt einer (in Verbindung mit dem INFC
dreisprachigen) Web-Seite möglich,
die aus aller Welt rege aufgesucht wird.

Vor der Drucklegung noch übersehene (Druck-)Fehler sind in der
Netz-Ausgabe der Rundbriefe dann in der Regel bereinigt.

Wieder bitten wir, die Schrift im Bekanntenkreis weiterzureichen.
Weitere Exemplare, auch früherer Ausgaben des Rundbriefs,
können nachbestellt werden.

Rückäußerungen sind immer willkommen.

Der (steuerbegünstigte) Jahresbeitrag beträgt € 60.-.
Für Spenden sind wir dankbar.